



12. Heft | 20. Juni 1917

PAUL MÜLLER - DIE GEWERKSCHAFTLICHE INTERNATIONALE UND IHRE ZUKUNFTSAUFGABE

ES wäre meines Erachtens ein vollkommen sinnwidriges und aussichtsloses Beginnen die Tatsache leugnen zu wollen, daß bei der Entstehung des Weltkriegs mit allen seinen üblen Begleitumständen und Folgeerscheinungen die politische Internationale des Sozialismus in moralischer und materieller Hinsicht vollkommen versagt hat. Sie könnte angesichts einer Weltkatastrophe, wie dieser Krieg sie ist, nicht erfüllen, was Millionen übertriebenerweise von ihr erwarteten, und sie hat auch nicht gehalten, was sie in eigener Überschätzung ihrer Kraft und Stärke in ihren an Sophismen so reichen Beschlüssen und Verheißungen den Völkern verkündete. Ihre Schwäche beruhte in ihrer, am Ende unbewußten Verkennung und Unterschätzung des nationalen Bewußtseins, das auch die sozialistische Arbeiterschaft in allen kriegführenden Ländern an den Tag gelegt hat. Sollte die politische Internationale des Sozialismus über kurz oder lang neu erstehen, dann wird sie nicht umhin können diesen nun einmal nicht aus der Welt zu disputierenden nationalen Qualitäten bei all ihren Entschlüssen die gebührende Beachtung zu schenken; sie wird ihnen jedenfalls mehr Rechnung zu tragen haben als es die internationale Tradition bisher aus Stimmungs- und Gefühlsrücksichten zuließ. Sie wird mehr und größeres Gewicht darauf legen müssen, daß zwischen Wirklichkeit und Schwärmerei, zwischen Können und Wollen das für den Weltpolitiker nun einmal erforderliche Gleichgewicht hergestellt wird und erhalten bleibt.

Weniger tragisch als das Kriegsschicksal der politischen Internationale sind die störenden und hemmenden Folgen und Wirkungen des Krieges für die gewerkschaftliche Internationale der Arbeiterklasse zu bewerten. Auch sie hat der Weltkrieg in moralischer und materieller Hinsicht harten Belastungsproben und schweren Erschütterungen ausgesetzt; aber mir will scheinen: nicht mit den gleichen katastrophalen Wirkungen und Folgen wie bei der politischen Internationale.

Zweifellos bedrohen die starken politischen Einflüsse, die sich bei den einzelnen nationalen Gewerkschaftsgruppen, namentlich in den Ententeländern, während des Krieges bemerkbar machten, auch den Fortbestand der gewerkschaftlichen Internationale in ihrer heutigen Form und organisatorischen Verfassung, wie ich auch die Schwere der Krise nicht verkenne und unter-

schätze, die der Krieg auch über die gewerkschaftliche Internationale heraufbeschworen hat. Ihrem Fortbestand sind durch die nationalistischen Gewerkschaften Englands und ihren syndikalistischen und separatistischen Anhang in den Ententeländern und teilweise auch in den neutralen Staaten große Schwierigkeiten bereitet worden. Diese Schwierigkeiten stellen nicht so sehr die Folgen und den Ausfluß einer Gegnerschaft gegen die Internationale an sich dar, als vielmehr einen Niederschlag der Antipathie, die sich seit Kriegausbruch gegen die deutsche Führung der gewerkschaftlichen Internationale richtet. Ein Beweis für den hohen Grad der Undankbarkeit und nationalistischen Voreingenommenheit, die auch in dieser Internationale unter dem Einfluß des Krieges und der durch ihn entfachten nationalen Leidenschaften vorherrschen, und die namentlich in England auch den einzelnen beruflichen internationalen Verbindungen gegenüber eine so bedenkliche Rolle spielen, soweit sie in Deutschland ihren Sitz, also ihre Führung haben.

Gleichwohl bin ich der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Internationale dieser Schwierigkeiten Herr werden wird. Für diese Vermutung spricht die allerdings sehr kurze, aber doch an Erfahrungen so reiche Vergangenheit der gewerkschaftlichen Internationale. Ihre Aufgaben und Ziele lagen in der Gegenwart und allernächsten Zukunft, auf dem weitumfassenden Gebiet wirtschaftlicher Tatsachen, volkswirtschaftlicher Aufgaben und realpolitischer Pflichten. Ihre Ziele und Bestrebungen waren stets auf das praktisch Notwendige, Mögliche und Erreichbare eingestellt, wenn wir von den utopistischen Zumutungen wortradikaler Syndikalisten und Generalstreikpropagandisten absehen. Wer die Aufgaben, Ziele und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Internationale vor dem Krieg und während seines Verlaufs nüchtern, kühl und vor allen Dingen objektiv, das heißt frei von jeder Überspanntheit und nationalen Einseitigkeit, beurteilt und kritisch gewürdigt hat, der kann unmöglich durch ihre Haltung in der Kriegszeit unangenehm enttäuscht worden sein. Die Enttäuschung wird nur auf jener Seite zum Ausdruck gebracht, die vor dem Krieg die gewerkschaftliche Internationale für ihre antimilitaristischen, also politisch-utopistischen Werbezwecke mißbrauchen wollte und sich nun während des Krieges an militaristischem und chauvinistischem Gebaren nicht genug tun kann. Kenner nimmt es nicht wunder, daß diese Enttäuschten sich heute in antiinternationalem Sinn betätigen. Ihr heutiger Aufwand an Kraftworten gegen die Internationale und ihre deutsche Führung steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihren bisherigen Leistungen, sowohl innerhalb der einzelnen beruflichen als auch der gesamten gewerkschaftlichen Internationale.

Meine Hoffnungen und Erwartungen auf die gewerkschaftliche Internationale trotzdem stütze ich auf den Kreis ihrer Pflichten und Aufgaben. So sehr ich mich auch frei von jeder illusionistischen Schwärmerei weiß, diese Pflichten und Aufgaben der gewerkschaftlichen Internationale während des Krieges und nach dem Friedensschluß schätze ich sehr hoch ein, weil mir die Möglichkeiten ihrer Erfüllung bei kühler Überlegung gegeben scheinen. Über ihre Notwendigkeit ist nicht zu streiten; sie ist durch die soziale und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen und durch die Zwecke und Ziele der Unternehmer und Kapitalisten in allen Ländern gegeben. Von dieser Auffassung ausgehend erblicke ich die Zukunftsaufgaben der gewerkschaftlichen Internationale im Gegensatz zu der syndikalistischen und sozial-

revolutionären Auffassung auch ausschließlich auf dem Gebiet der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wie riesengroß der Komplex der Fragen und Aufgaben ist, vor die sich hier die gewerkschaftliche Internationale gestellt sieht, das beweisen die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund am 8. Juni einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm vorgelegt wurden, und die am 17. September dieses Jahres auf einer erneuten internationalen Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz Gegenstand der Beratung und Entschließung sein werden. Diese Forderungen stellen ein umfassendes Programm international gewerkschaftlicher Sozialreform und Sozialpolitik von weittragender Bedeutung dar. Ein Programm, das sich auf Erfahrungen auf dem Gebiet praktischer Sozialreform in den sozial fortgeschrittenen Ländern stützt und die Rückständigkeit der sozialen Einrichtungen in den sozial weniger fortgeschrittenen Ländern ins Auge faßt. Es sei in seinen Hauptpunkten nachstehend im Auszug wiedergegeben:

Den Anfang bildet die Behandlung der Freizügigkeit. Auswanderungsverbote sollen unzulässig sein. Ebenso generelle Einwanderungsverbote. Hingegen sollen die Staaten das Recht behalten die Einwanderung zeitweilig zu beschränken, sie dauernd zu überwachen und gewisse Mindestforderungen an die Bildungshöhe der Einwanderer zu stellen. Die Anwerbung und Zulassung von Kontraktarbeitern soll verboten sein. Die Staaten sollen ihre Arbeitsmarktstatistik ausbauen und unter einander austauschen sowie den Gewerkschaften mitteilen, damit die Arbeiter eines jeden Landes eine Übersicht über die Arbeitsverhältnisse auch in anderen Ländern gewinnen können.

Es folgen die Forderungen für den Ausbau des Koalitionsrechts. Das freie Koalitionsrecht soll allen Arbeitern, inländischen wie ausländischen, gewährleistet, die Verhinderung der Ausübung des Rechts soll unter Strafe gestellt sein. Auch die ausländischen Arbeiter sollen Anspruch auf die tariflich festgesetzten Arbeitsbedingungen oder, falls solche fehlen, auf die ortsüblichen Löhne haben.

Sehr umfangreich ist die Liste der Forderungen der Gewerkschaften an die soziale Versicherung. Länder, die noch keine Versicherung gegen Krankheit, Berufsunfälle, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit eingeführt haben, sollten verpflichtet werden dies in kürzester Zeit nachzuholen. Die eingewanderten Arbeiter sollen unter allen Umständen in der Sozialversicherung den einheimischen Arbeitern gleichgestellt sein. Über Rentenzahlung ins Ausland und die Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den Berufsunfällen sollen internationale Verträge auf Gegenseitigkeit abgeschlossen werden.

Die tägliche Arbeitszeit soll für alle Arbeiter auf höchstens 10 Stunden beschränkt werden und nach Ablauf vereinbarter Fristen allmählich auf 8 Stunden verkürzt werden. Die Arbeitszeit in Bergwerken, ununterbrochenen Betrieben und besonders gesundheitsschädlichen Industrien soll von vornherein 8 Stunden nicht übersteigen dürfen, Nachtarbeit und Ausnahmen von der 36stündigen Sonntagsruhe sollen nur in wenigen ganz bestimmten Ausnahmefällen gestattet sein.

Zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter sollen einheitliche Vorschriften erlassen, insbesondere sollen die industriellen Gifte und besonders gesundheitsgefährdende Produktionsmethoden international verboten werden.

Alle Gesetze und Verordnungen des Arbeiterschutzes sollen sinngemäß auch auf die Heimindustrie angewendet werden; auch die Sozialversicherung ist auf sie auszudehnen. Für Lebens- und Genußmittelerzeugung sowie für Arbeiten, bei denen Vergiftungen und andere schwere Gesundheitsschädigungen vorkommen können, ist die Heimarbeit vollständig zu verbieten. Für die Minderjährigen in der Heimindustrie ist dauernde ärztliche Überwachung einzuführen. Für alle Heimarbeiter soll die Führung von Lohnlisten und die Aushändigung von Lohnbüchern sowie die Errichtung paritätischer Lohnämter Zwangsvorschrift sein.

Der Kinderschutz ist international gleichmäßig zu gestalten. Kindern unter 15 Jahren soll jede Erwerbstätigkeit verboten sein. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren sollen täglich höchstens 8 Stunden beschäftigt werden und nach höch-

stens 4stündiger ununterbrochener Arbeitszeit eine 1½stündige Ruhepause haben. Nacht-, Sonntags- und Untertagsarbeit der Jugendlichen ist zu verbieten. Für den auszubauenden Fach- und Fortbildungsschulunterricht soll in allen Ländern den Jugendlichen genügende Zeit zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist der Arbeiterschutzeschutz zu internationalisieren. Die Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten soll auf 24 Stunden wöchentlich begrenzt werden und Sonnabend mittags um 12 Uhr endigen. Nachtarbeit und Mitgabe von Arbeit nach Hause nach beendeter Arbeitszeit ist zu verbieten. Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben und in Bergwerken unter und über Tage soll allgemein untersagt werden. Vor und nach der Niederkunft sollen Frauen während mindestens 10 Wochen, davon mindestens 6 Wochen nach der Entbindung, nicht gewerblich beschäftigt werden dürfen. Die Einführung einer ausreichenden Mutterschaftsunterstützung aus der staatlichen Versicherung ist allen Staaten zur Pflicht zu machen. Als letzter Punkt endlich werden internationale Richtlinien für die Durchführung des Arbeiterschutzes entworfen. In allen Ländern soll eine wirkungsvolle Gewerbeaufsicht unter Hinzuziehung der Arbeiter und Verleihung des Vollzugsrechts auch an die weiblichen Beamten eingeführt werden. Die Berufsverbände sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes überall heranzuziehen. Wo in einem Betrieb mehr als 5 fremdsprachige Arbeiter beschäftigt sind, sollen die Unternehmer gesetzlich verpflichtet werden auf eigene Kosten und unter öffentlicher Kontrolle Unterrichtskurse einzurichten, in denen die Arbeiter die Sprache des Landes lernen, damit sie die Arbeiterschutzesbestimmungen verstehen können. Als Organe für die Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes sollen die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Sitz Basel) und ihr Internationales Arbeitsamt ausdrücklich anerkannt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund soll eine Vertretung in diesem Amt erhalten.

Heute verblenden Haß, Verleumdung und Völkerverhetzung auch zum großen Teil nicht nur die Arbeiter in den am Krieg direkt beteiligten sondern selbst auch in den neutralen Ländern. Wird dieses gewerkschaftliche Friedensprogramm der Welt der Hebel sein, der sie von diesem Alp befreit, der so schwer auf ihrer Brust drückt? Die kurzen, die Sache selbst kaum berührenden Verhandlungen und Beschlüsse der Stockholmer Gewerkschaftskonferenz am 8. Juni bestärken meine Vermutung, daß das der Fall sein wird. Man braucht die Verhandlungen und die Beschlüsse der Stockholmer Rumpfkonzferenz der Rumpfinternationale nicht zu überschätzen, aber sie hat der Internationale beachtenswerte Fingerzeige gegeben, sie hat die Richtung gewiesen, die die gewerkschaftliche Internationale nehmen muß, wenn anders sie als Kulturfaktor für die Folgezeit von einer großen segensreichen Kulturarbeit im Interesse der Arbeiter aller Länder nicht zum schwersten Nachteil aller Arbeiter ausgeschaltet sein soll. Der Weg, der eingeschlagen werden muß, führt nunmehr über die im September in der Schweiz geplante Konferenz zur einmütigen Verständigung der gewerkschaftlichen Internationale über dieses Programm einer ersprießlichen gewerkschaftlichen Internationalisierung der Sozialpolitik.

Die konsequente praktische Durchführung dieser internationalen Sozialpolitik ist, weit entfernt antinational zu sein, in Wahrheit fruchtbarste nationale Arbeit. Indem die gewerkschaftliche Internationale für die Sicherung und stete Erneuerung des wichtigsten Mittels beim Wiederaufbau der Wirtschaft eines jeden Landes, der menschlichen Arbeitskraft, Sorge trägt, erweist sie sich als Förderin und Mitträgerin der nationalen Produktion, arbeitet also weit über das bloße Klasseninteresse hinaus für das Volksganze. Das Friedensprogramm der Gewerkschaften will die Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe heben, sie wirtschaftlich stärken und der gesamten

Volkswirtschaft, in der sie doch eine ausschlaggebende Funktion zu erfüllen haben, Kräfte zuführen und erhalten, die sonst verkümmern würden oder ganz verloren gingen. Wirft sich trotz Krieg und Kriegsgeschrei die dazu berufene Gewerkschaftsinternationale mit Erfolg zur Trägerin einer Internationalisierung der Sozialpolitik auf, so arbeitet sie also im Interesse der Nationen und ihrer berechtigten Ansprüche. Darin liegt meines Erachtens die hohe kulturelle Bedeutung dieses Programms, das auf der im September stattfindenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz hoffentlich sachlichste Beratung finden wird.

Der Erfolg dieses Programms hängt hier wie überall von der Einmütigkeit ab, mit der es vertreten wird. Dieser Umstand erhöht deshalb auch die Verantwortung der freien Gewerkschaften der Ententeländer für den Erfolg oder Nichterfolg dieses wahrhaft internationalen, sozialistischen Programms der Gewerkschaften. Stehen sie nach Stockholm und während und nach der Schweizer Konferenz in Voreingenommenheit und Verblendung dem Aufbau und der Durchführung dieses Programms fern, dann fällt auf sie die volle Verantwortung vor den Arbeitern, der Welt und der Geschichte.

LUDWIG QUESSEL · DIE AUSWÄRTIGE POLITIK DER RUSSISCHEN REVOLUTION



WIESPÄLTIG und widerspruchsvoll ist die Aufnahme, die die Erklärung der neu zusammengesetzten Regierung Rußlands nebst den Kundgebungen des Ministerpräsidenten Fürsten Lwow und des Außenministers Terestschenko vom 19. und 20. Mai in unserer Parteipresse gefunden haben. Bei der Vieldeutigkeit der hier in Frage kommenden Äußerungen ist es nicht verwunderlich, daß die Meinungen über deren Sinn weit auseinandergehen, und man kann es verstehen, daß, während ein Teil der Parteipresse aus ihnen den ernstesten Willen des freien Rußlands herausliest möglichst schnell zu einem allgemeinen Frieden zu kommen, der andere Teil die Auffassung vertritt, aus ihnen gehe die Absicht hervor von neuem die russischen Arbeiter und Bauern »für den Imperialismus der Westmächte zum Verbluten auf die Schlachtfelder zu führen«.

Die Ereignisse seit dem 20. Mai haben dann gezeigt, wie wenig begründet die Befürchtung ist, daß die zweite vorläufige Regierung kein anderes Ziel kennt als das Land für eine sofortige Offensive zu gewinnen. Tatsache ist vielmehr, daß die sozialistische und trudowikische Presse, deren Haltung für die auswärtige Politik der zweiten vorläufigen Regierung weit schwerer ins Gewicht fällt als die der Organe der Kadetten und Oktobristen, keinen Zweifel daran läßt, daß das freie Rußland gar nicht daran denkt sein Blut für die angelsächsischen Ziele einzusetzen. Wie groß das Mißtrauen der sozialistischen und trudowikischen Kreise gegenüber den Kriegszielen der Alliierten ist, hat der neue Minister des Auswärtigen, Michael Terestschenko, schon in seiner ersten Kundgebung vom 20. Mai nachdrucksvoll zum Ausdruck gebracht. Er sagte hierüber:

»Die russische Demokratie fürchtet, daß sie, gebunden durch die alten Verträge, annexionistischen Zwecken dienstbar gemacht werden soll, die ihr fremd sind. Dies beunruhigt ihr revolutionäres Vertrauen und verringert ihren Schneid und ihre Begeisterung. Deswegen wird das Verlangen ausgesprochen sofort alle von der alten Regierung abgeschlossenen Verträge zu veröffentlichen. . . Die sofort-

tige Veröffentlichung der Verträge ist gleichbedeutend dem Bruch mit den Alliierten und würde zur Vereinzelung Rußlands führen. Eine solche Handlungsweise würde notwendigerweise zu einer Sonderstellung Rußlands führen und wäre der Anfang eines Sonderfriedens.«

Trotz der hier ausgesprochenen Warnung hat der Arbeiter- und Soldatenrat mit 340 gegen 46 Stimmen einen Antrag angenommen, in dem die zweite vorläufige Regierung aufgefordert wird die Geheimverträge mit den Alliierten zu veröffentlichen. Und die Organe, die die auswärtige Politik des Arbeiter- und Soldatenrats billigen, haben der Entente gegenüber mit einer nicht mehr zu überbietenden Entschiedenheit es abgelehnt weiterhin russisches Blut für fremde Eroberungsziele zu vergießen. So schrieb die Iswestija in einem Artikel gegen die englische Presse:

»Die russische Revolution wird nicht einen Mann opfern, um euch zu helfen die geschichtlich gewordenen Ungerechtigkeiten, die auf eure Kosten begangen wurden, wieder gutzumachen. . . Die russische Demokratie wird sich von euren schönen Redensarten nicht einfangen lassen, sie wird die Kastanien nicht für die Engländer, Franzosen und Japaner aus dem Feuer holen.«

Nicht weniger entschieden als das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats lehnte auch das Blatt des Kriegsministers Kerenskij, die Djelo Naroda, ein militärisches Eingreifen Rußlands zugunsten von Eroberungsplänen der Entente ab, indem es erklärte, daß es »der Auslieferung der revolutionären Politik [Rußlands] an die Alliierten gleichkommen würde, wenn wir die Offensive ergriffen, ohne von ihnen feste Garantien für die Annahme des Grundgesetzes eines Friedens ohne Annexionen erhalten zu haben«. Dem Programm der Iswestija und der Djelo Naroda schloß sich mit Entschiedenheit Maxim Gorkijs Nowaja Schisn an, die die zweite vorläufige Regierung wegen ihrer Bemühungen eine Offensive zu ermöglichen lebhaft tadelte, da diese für Rußland »eine schwere Gefahr enthalten . . ., bis die neue Formel, die . . . die Ziele des Imperialismus bei den Alliierten ausschließt, offiziell [von den Alliierten] angenommen ist«.

Obwohl manche Umstände, wie Kerenskij's Reise an die Front und die Ernennung Brussilows zum Oberbefehlshaber, die Stellung der zweiten provisorischen Regierung zur Frage der Beteiligung Rußlands an der Offensive der Entente unklar erscheinen lassen, spricht doch vieles dafür, daß die Bemühungen Kerenskij's Rußlands Wehrmacht wieder schlagkräftig zu machen, lediglich, wie die Iswestija schreibt, dem Zweck dienen »es den Russen zu ermöglichen bei den Friedensverhandlungen zu Deutschland nicht als Besiegte zum Sieger sondern als Gleiche zum Gleichen zu sprechen. Verhalten sich die Dinge wirklich so, so befinden sich die Bemühungen der zweiten vorläufigen Regierung durchaus im Einklang mit ihren Bestrebungen möglichst schnell einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen herbeizuführen; auch braucht unter diesen Umständen die Reorganisation des russischen Heeres von Deutschland keineswegs als etwas Unliebsames angesehen zu werden, da die allgemeine Weltlage nach dem Krieg gewiß nicht so sein wird, daß die Wehrlosigkeit Rußlands deutschen Interessen entsprechen könnte.

Der Eindruck, daß es nicht das Ziel der zweiten vorläufigen Regierung sein kann den Krieg zu verlängern, wird noch verstärkt, wenn wir uns ihrer Entscheidungsgeschichte zuwenden. Erst heute lassen sich die Ereignisse, die zur Bildung einer neuen provisorischen Regierung geführt haben, in den wichtigsten Einzelheiten übersehen. Sie stellen sich bei näherer Prüfung als ein

durchaus konsequenter Kampf für den Frieden dar und als eine immer entschiedener werdende Abkehr des freien Rußlands von den Kriegszielen der Alliierten. Es ist zu beachten, daß von der Stunde an, wo der Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats für auswärtige Politik alle Handlungen des unter Miljukows Leitung stehenden Auswärtigen Amts von demokratischen Gesichtspunkten aus zu kontrollieren begann, das Kontrollrecht der alten Duma in Sachen der auswärtigen Politik vollständig in Verfall geriet. Die Macht der alten Duma ging auf den Arbeiter- und Soldatenrat über, der, im Sturm der Revolution geboren, auch ohne formelles Mandat bald als das provisorische Parlament des freien Rußlands anerkannt wurde. Zwei Gewalten standen sich so in der auswärtigen Politik der russischen Revolution gegenüber, beide ihr Recht aus der Revolution schöpfend, die das neue Rußland geschaffen hatte.

Der Kampf zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der provisorischen Regierung um die Führung der auswärtigen Politik ist weit entfernt davon lediglich ein innerpolitisches russisches Ereignis zu sein; er ist vielmehr ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, der, wie die Debatten in der französischen Kammer und im englischen Unterhaus gezeigt haben, sich überall fühlbar macht und zweifellos das bedeutendste Ereignis in der politischen Geschichte des Weltkriegs darstellt, der damit in eine ganz neue Phase getreten ist. Drei Abschnitte lassen sich in diesem Kampf unterscheiden. Der erste reicht von der Bildung der provisorischen Regierung bis zum 9. April, dem Tag, an dem sich das Ministerium vom Arbeiter- und Soldatenrat gezwungen sah in einer amtlichen Erklärung sich von den Kriegszielen der Entente loszusagen und sich für einen Frieden ohne Annexionen zu erklären. Der zweite umfaßt die Zeit vom 9. April bis zum Aufstand vom 4. Mai, der mit dem Intrigenspiel der Miljukowschen Geheimdiplomatie gegen das Friedensprogramm des Arbeiter- und Soldatenrats ausgefüllt ist, dem durch die Note der provisorischen Regierung an die Westmächte vom 5. Mai ein Ende gesetzt wurde. Der dritte Abschnitt beginnt mit den Versuchen Gutschkows und Miljukows durch Errichtung einer Militärdiktatur den Einfluß des Arbeiter- und Soldatenrats auf die auswärtige Politik auszuschalten und endet mit dem Sturz der ersten vorläufigen Regierung. Die welthistorische Tragweite dieser Vorgänge rechtfertigt es schon jetzt in deren genaue Betrachtung einzutreten, obwohl manche Einzelheiten erst später eine ausreichende Aufklärung finden werden.

In seiner ersten amtlichen Handlung als Leiter des Auswärtigen Amts offenbarte Miljukow den festen Entschluß nicht nur die britisch orientierte auswärtige Politik fortzusetzen sondern auch die Methoden der alten Geheimdiplomatie in das neue Rußland hinüberzunehmen. Die erste Tendenz fand ihren offenen Ausdruck in folgenden Sätzen der von Miljukow unterzeichneten und von der Petersburger Telegraphenagentur veröffentlichten Note vom 17. März, mit der der neue Minister des Auswärtigen seine amtliche Tätigkeit begann:

»Auf dem Gebiet der äußern Politik wird das Kabinett, in dem mir das Ministerium des Äußern übertragen worden ist, die internationalen Verpflichtungen achten, die von dem gefallenem Regime übernommen worden sind, und das Wort Rußlands ehren. Wir werden sorgfältig die Beziehungen pflegen, die uns mit den anderen befreundeten und verbündeten Nationen verbinden, und wir vertrauen darauf, daß diese Beziehungen noch inniger und noch dauerhafter werden unter dem

neuen Regime in Rußland, das entschlossen ist sich leiten zu lassen von den demokratischen Grundsätzen der Achtung, die man kleinen und großen Völkern schuldet, der Freiheit ihrer Entwicklung, dem guten Einvernehmen unter den Nationen.«

Diese für die Öffentlichkeit Rußlands und der Neutralen berechnete Note versah Miljukow jedoch noch mit einem Zusatz, der lediglich für den Gebrauch der Alliierten bestimmt war, vor dem russischen Volk aber geheim gehalten werden sollte. Sein Zweck war in den Ententeländern der Meinung entgegenzutreten, als habe die Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik des alten Regimes einen Einfluß auf den Zusammenbruch des absolutistischen Systems gehabt, und die Auffassung bei den Ententevölkern zu bestärken, als ob das russische Volk das alte Regime nur gestürzt habe, um den Krieg kraftvoller fortsetzen zu können. Dieser Zusatz hat folgenden Wortlaut:

»Rußland hat den Krieg, der seit fast 3 Jahren die Welt in Blut badet, nicht gewollt. Aber das Opfer eines vorbedachten und von langer Hand vorbereiteten Angriffs, wird Rußland fortfahren, wie früher gegen den Eroberungsgeist einer räuberischen Rasse zu kämpfen, die sich einbildet eine unerträgliche Hegemonie über ihre Nachbarn aufrichten zu können und dem Europa des 20. Jahrhunderts die Schmach der Herrschaft des preussischen Militarismus aufzuerlegen. Treu dem Vergleich ihnen entschlossen der Welt um jeden Preis eine Völkerfriedenssära auf Grundlage einer stabilen nationalen Organisation, die die Achtung des Rechts und der Gerechtigkeit gewährleistet, zu sichern. Rußland wird an ihrer Seite den gemeinsamen Feind bis ans Ende ohne Pause und Schwäche bekämpfen. Die Regierung, der ich angehöre, wird alle Energie auf die Vorbereitung des Sieges verwenden und schnellstens den Irrungen der Vergangenheit, die bisher den Schwung und den Opfergeist des russischen Volkes paralysieren konnten, abzuhelpen suchen.«

Zunächst zeigt sich Miljukow dadurch, daß er eine öffentliche Note mit einem für Rußland geheim zu haltenden Zusatz versah, als ein Erneuerer der alten Geheimdiplomatie, die das russische Volk zusammen mit dem Obrigkeitsstaat schon beseitigt zu haben glaubte. Abgesehen davon, spricht Miljukow in dem obigen Zusatz zu der Note vom 17. März das alte Regime frei von aller Schuld am Krieg, der von ihm allein auf den »Eroberungsgeist einer räuberischen Rasse« zurückgeführt wird. Dann legt Miljukow das neue Rußland für die Nationalitätenpolitik Englands fest, derzufolge im Osten Europas ein Großpolen auf Kosten Deutschlands, Österreichs und allerdings auch Rußlands, ein Großrumänien auf Kosten Ungarns und ein Großserbien auf Kosten Österreichs und Bulgariens entstehen soll. Für diese »stabile nationale Organisation« Osteuropas soll das freie Rußland »bis ans Ende ohne Pause und Schwäche« kämpfen und alle seine »Energie auf die Vorbereitung des Sieges verwenden«. Miljukow trachtete also die bisherige Politik der Entente auch fernerhin zu der russischen zu machen.

Gegen diese ganz und gar im britischen Kielwasser segelnde Außenpolitik Miljukows scheint sich schon in der provisorischen Regierung selbst Widerspruch geregt zu haben. Insbesondere scheinen Justizminister Kerenskij und Finanzminister Terestschenko immer mehr in Opposition zu dem anglophilen Dreigestirn Miljukow, Gutschkow, Lwow getreten zu sein. Von ausschlaggebender Bedeutung war jedoch der Umstand, daß der unmittelbar aus der Revolution geborene Arbeiter- und Soldatenrat sich scharf gegen die Fortführung der auswärtigen Politik des alten Regimes erklärte und gerade dabei im russischen Volksbewußtsein immer mehr zum anerkannten Träger der Kontrollgewalt über die provisorische Regierung wurde. Und gerade

in dem Maß, wie der Arbeiter- und Soldatenrat seine auf die Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegschädigung gerichtete Politik in den Vordergrund schob, stieg auch sein Ansehen in den Massen, so daß der revolutionäre Ausschuß der Arbeiter und Soldaten nicht nur die auswärtige Politik der provisorischen Regierung kritisieren sondern bald sie selbst bestimmen konnte. In den ersten Tagen des Aprils war diese Entwicklung bereits so weit gediehen, daß die provisorische Regierung sich dem Verlangen des Arbeiter- und Soldatenrats eine Neuorientierung ihrer auswärtigen Politik im Sinn des sozialistischen und trudowikischen Friedensprogramms vorzunehmen nicht mehr offen zu widersetzen wagte. Am 9. April erschien jene überaus denkwürdige Erklärung der provisorischen Regierung über die Kriegsziele, die eigentlich gleich zu Miljukows Rücktritt hätte führen müssen, weil sie in schroffem Widerspruch zu seiner in der Note vom 17. März und deren Zusatz niedergelegten Politik stand. Die entscheidenden Sätze dieser Regierungserklärung, die einen völligen Bruch mit der bisher verfolgten auswärtigen Politik Rußlands darstellt, lauten wie folgt:

»Die Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht schon jetzt zu erklären, daß das freie Rußland nicht das Ziel hat andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechts der Völker ihr Schicksal selbst zu bestimmen herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt nicht die Steigerung seiner äußern Macht auf Kosten anderer Völker; es hat nicht das Ziel irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen.«

Mit dieser Erklärung schien der Kampf zwischen provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat eigentlich beendet zu sein. Die Regierung hatte sich in einer öffentlichen Kundgebung von den Kriegszielen der Westmächte losgesagt und als oberstes Ziel ihrer auswärtigen Politik einen dauerhaften Frieden mit den Mittelmächten proklamiert. In Wahrheit war aber der Gegensatz zwischen Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat noch nicht aufgehoben. Der Kampf der beiden revolutionären Gewalten erreichte am 9. April nicht sein Ende sondern nahm lediglich eine andere Gestalt an. Das kam daher, weil Miljukow gar nicht daran dachte seine Politik mit der Erklärung vom 9. April in Einklang zu bringen, vielmehr aufs äußerste bestrebt war sie unwirksam zu machen. Die Bekanntgabe der Erklärung vom 9. April, mit der das freie Rußland sich von annexionistischen Zielen lossagte, konnte Miljukow allerdings nicht verhindern. Dafür versuchte er ihr jede Wirkung auf Rußlands äußere Politik zu nehmen, indem er es unterließ sie den verbündeten Regierungen durch die russischen Botschafter offiziell mitteilen zu lassen. In London, Paris und Rom hatte man also offiziell keine Kenntnis von ihr und war daher berechtigt sie lediglich als einen innerpolitischen Akt der russischen Regierung anzusehen, mit dem man sich nicht zu beschäftigen brauchte. Mehr als 2 Wochen vergingen, ehe die russische Öffentlichkeit hinter das diplomatische Manöver Miljukows kam. Die von ihm eingerichtete Grenzüberwachung, die er englischen und französischen Agenten anvertraut hatte, erwies sich als derart wirkungsvoll, daß man in Petersburg erst Ende April von heimkehrenden Emigranten erfuhr, daß Rußlands Verbündete amtlich noch keine Kenntnis von der Regierungserklärung vom 9. April erhalten hätten.

Der Eindruck dieser Meldung war um so größer, als Miljukow in der Zwischenzeit alles getan hatte, was er nur konnte, um jene Erklärung auch gegenüber dem russischen Volk abzuschwächen. In zahlreichen Gesprächen,

namentlich mit Vertretern der fremden Presse, hatte er unter dem Schein eines Kommentars zu der Erklärung vom 9. April das Kriegsprogramm der Entente für das neue Rußland aufrechtzuerhalten versucht. Wiederholt hatte Skobelew, der Vorsitzende der Abteilung für internationale Beziehungen beim Arbeiter- und Soldatenrat, sich gegen Miljukows Ansicht wenden müssen, daß nur der Besitz Konstantinopels und der Meerengen und die Aufteilung Österreichs einen dauernden Frieden in Europa begründen können. Sein nun festgestelltes Doppelspiel mit der Erklärung vom 9. April rief im Arbeiter- und Soldatenrat einen solchen Sturm der Entrüstung hervor, daß die provisorische Regierung es für ratsam hielt die Erklärung am 1. Mai den verbündeten Regierungen nachträglich auch amtlich mitteilen zu lassen. Miljukow gab seine Sache aber auch damit noch nicht verloren. Gleichzeitig mit der telegraphischen Anweisung an die russischen Botschafter die Kundgebung der provisorischen Regierung vom 9. April den Regierungen der Alliierten offiziell zu überreichen, erging an sie der Befehl dabei im Namen der russischen Regierung unter anderm folgendes zu erklären:

»Die Erklärungen der provisorischen Regierung vom 9. April können natürlich nicht den geringsten Vorwand zu der Schlußfolgerung geben, daß der Zusammensturz des alten Gebäudes eine Verringerung der Anteilnahme Rußlands an dem gemeinsamen Kampf aller Verbündeten nach sich gezogen habe. Ganz im Gegenteil ist der Volkswille den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen infolge dieses Gefühles der Verantwortlichkeit, die heute allen und jedem einzelnen obliegt, noch verschärft worden.«

Es ist leicht einzusehen, daß die obige Erklärung der russischen Botschafter dem Dokument, das sie den Regierungen der Entente überreichten, eigentlich jede Bedeutung nahm. Denn worauf es diesen allein ankam, war natürlich die Bereitwilligkeit des russischen Volkes für ihre Ziele weiter zu kämpfen. Das aber wurde ihnen am 1. Mai bei Überreichung der Kundgebung vom 9. April durch jene Zusatzerklärung feierlich zugesichert. Diese den russischen Botschaftern am 1. Mai telegraphisch übermittelte Erklärung Miljukows war für den Arbeiter- und Soldatenrat ein Schlag ins Gesicht, weil sie seinen Sieg vom 9. April über die annexionistische Politik tatsächlich annullierte. Wahrscheinlich war es Miljukows Absicht sie geheim zu halten. Aber das gelang ihm nicht. Am 3. Mai wurde sie von der Petersburger Presse veröffentlicht und entfesselte alsbald einen Volkssturm, wie ihn Petersburg seit den ersten Märztagen nicht mehr gesehen hatte. Der Aufstand der Arbeiter und Soldaten vom 4. Mai begann mit machtvollen Straßendemonstrationen gegen Miljukow, die da, wo die Anhänger der Kadetten- und Oktobristenpartei sich zu Gegenkundgebungen veranlaßt sahen, zu Straßenkämpfen führten, bei denen es Tote und Verwundete gab. Um den Sturm zu beschwören, entschloß sich die provisorische Regierung am nächsten Tag Miljukows Erklärung vom 1. Mai, die zu dem Aufstand geführt hatte, zu widerrufen. Dies geschah durch die Note vom 5. Mai, in der den alliierten Mächten folgendes mitgeteilt wird:

»Für die provisorische Regierung ist in einem »entscheidenden Sieg« der Verzicht Rußlands auf Landgewinn und auf Beschlagnahme der Güter von Staatsangehörigen anderer Völker und ebenso der Verzicht auf jede Ausdehnung der Macht Rußlands auf Kosten anderer Staaten einbegriffen.«

Diese Ergänzungsnote vom 5. Mai zu der Note Miljukows vom 1. Mai trägt den Stempel des Kompromisses an der Stirn. Sie stellt eine Abschwächung, aber keine Aufhebung der Note vom 1. Mai dar, denn sie läßt den Satz bestehen, daß das russische Volk bis zum entscheidenden Sieg weiterkämpfen

will, legt allerdings den Sinn der Worte entscheidender Sieg in Übereinstimmung mit der Kundgebung vom 9. April aus, die das Bekenntnis des freien Rußlands zu einem Frieden ohne Annexionen enthält. Aus den Mitteilungen des Arbeiter- und Soldatenrats vom 7. Mai geht auch hervor, daß er die Note vom 5. Mai nur als eine Abschlagszahlung, nur als den »ersten Schritt« betrachtet, um zunächst einmal »die Frage des Verzichts auf eine Eroberungspolitik zur internationalen Erörterung zu stellen«; er schließt deshalb seine Kundgebung über den Aufstand vom 4. Mai und dessen Erfolg mit der Ankündigung, er werde schon den Widerstand der provisorischen Regierung gegen »Friedensbesprechungen auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen und Entschädigungen« rechtzeitig zu brechen wissen.

Der Aufstand der Arbeiter und Soldaten in Petersburg am 4. Mai, der die zweite Phase des Kampfs zwischen vorläufiger Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat schließt, hat in der Geschichte der zweiten russischen Revolution insoweit eine große Bedeutung, als er uns gezeigt hat, daß die bewaffnete Macht der Hauptstadt fest zum Arbeiter- und Soldatenrat hält. Wäre auch nur ein Teil der Petersburger Garnison zur provisorischen Regierung abgeschwenkt, so hätte der Aufstand vom 4. Mai wahrscheinlich zu einem furchtbaren Blutbad geführt. Die dritte Phase des Kampfs zwischen provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat, die nach dem Aufstand vom 4. Mai anhebt, ist mit den Versuchen Gutschkows ausgefüllt der provisorischen Regierung eine bewaffnete Macht zu schaffen, um ihr gegenüber dem Arbeiter- und Soldatenrat die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen auswärtigen Politik zu sichern. In Verbindung mit General Kornilow, dem Oberkommandierenden der Petersburger Truppen, suchte Gutschkow neue Reserveverbände für Petersburg aufzustellen, die, wie es in einem Tagesbefehl Kornilows heißt, bereit sein sollten »die bürgerliche Freiheit zu verteidigen«. Dem Arbeiter- und Soldatenrat gelang es jedoch die Bildung einer der provisorischen Regierung ergebenen Truppe durch Gegenorder zu vereiteln. So mißlang die Bildung einer Militärdiktatur, was Gutschkow am 13. Mai dazu bestimmte das Amt des Kriegsministers niederzulegen. Nun sah auch Miljukow, der früher erklärt hatte nur der Gewalt weichen zu wollen, endlich ein, daß er seine Politik weder offen noch heimlich werde fortsetzen können. In der stürmischen Nachtsitzung der provisorischen Regierung vom 16. Mai mit Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats erklärte er seinen Austritt aus der Regierung.

Man kann darüber streiten, ob die zweite provisorische Regierung eine Neubildung oder nur eine Umbildung der ersten ist. Jedenfalls hat sie durch den Austritt der Führer der Kadetten- und Oktobristenpartei und den Eintritt der Sozialisten Tschernow, Skobelew, Zeretelli und Plechanow ein ganz neues Aussehen gewonnen. Ob damit in der auswärtigen Politik der Gegensatz zwischen provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat ganz aufgehoben worden ist, muß abgewartet werden. Unzweifelhaft ist jedoch der Einfluß des Arbeiter- und Soldatenrats auf die Regierung wesentlich gewachsen. Tatsache ist, daß er am 9. April die erste provisorische Regierung zur Anerkennung seines Programms gezwungen und ihr später, wie die Ereignisse vom 1. bis zum 5. Mai beweisen, nicht gestattet hat davon abzuweichen; Tatsache ist ferner, daß die zweite provisorische Regierung auf sein Drängen hin dieses Programm an die Spitze ihrer Erklärung vom 19. Mai

hat stellen müssen. So gesehen, gewinnt der Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats vom 4. Juni, in dem er die Vertreter der Arbeiterparteien und Gewerkschaften der kriegführenden und neutralen Staaten zu einer internationalen Konferenz nach Stockholm einberuft, um über das Ende des Krieges und die Herstellung des Weltfriedens zu beraten, eine enorme Bedeutung. Denn dieser Aufruf geht von einer Korporation aus, in der sich ein gutes Stück der Regierungsgewalt des neuen Rußlands verkörpert. Und von vielleicht ebenso großer Bedeutung ist, daß als deren Vertreter auf dem Stockholmer Kongreß Männer erscheinen werden, die als Mitglieder der provisorischen Regierung auch formell die höchste organisierte Gewalt des großen Reiches des Ostens repräsentieren und die mit ihrem Namen die Friedensverträge zu unterzeichnen berufen sind. Hand in Hand mit den Bemühungen der russischen Demokratie eine Revision der Bündnisverträge mit den Alliierten durchzusetzen geht so ihr Bestreben die Völker selbst zum großen Friedenswerk zu vereinen.

Wir wissen noch nicht, welche Erfolge der unermüdlichen Arbeit des sozialistischen Rußlands für den Weltfrieden beschieden sein werden. Das eine aber steht fest, daß hier neue Kräfte zur Gestaltung drängen, denen eine große Zukunft in der Geschichte menschlicher Kultur und Gesittung gesichert ist.

HERMAN KRANOLD · WASSERWIRTSCHAFT UND VERKEHRSMITTEL IN DER TÜRKEI



EINEN Hauptgrund für die Abgeschlossenheit und Rückständigkeit sowie für den politischen und wirtschaftlichen Verfall der islamischen Staaten mit unentwickelten Volks- und Naturkräften bildet, neben dem schädlichen Einfluß fremder Elemente, der innern Mißwirtschaft und schwächlichen Initiative, der Mangel an Verkehrsmitteln zu Lande und zur See, auch an Handelsbeziehungen. Die Türkei, ein Randgebiet auf 3 Erdteilen, mit Ausläufern zweier Ozeane in fremder Hand, steht, wie Persien, das sozusagen ganz von der Außenwelt abgeschlossen ist, da, ohne direkten Zugang zum Weltmeer. Beide Reiche leiteten einst die wichtigsten Ströme des westöstlichen Welthandels und Durchgangsverkehrs durch ihre Gebiete. Der neueröffnete Seeweg nach Afrika, die Verbindung Europas mit ostasiatischer Welt, zur See, nicht mehr zu Lande, die neue Weltentdeckung ließen den islamischen Orient verarmen und veröden, wiesen ihn auf Eigenprodukte an und Eigenhandel.¹⁾

In diesen wenigen Sätzen ist ganz richtig die große Schwäche des türkischen Orients im modernen Wirtschaftskampf angedeutet. Die orientalische Menschheit von Marokko bis Indien hat den Vorsprung von 2 Jahrtausenden, den sie auch wirtschaftlich vor der übrigen Menschheit hatte, dadurch eingebüßt, daß sie es unterlassen hat den technischen Geist der Neuzeit in sich aufzunehmen. Nicht etwa, als ob sie dazu nicht begabt genug gewesen wäre. Das mathematische Denken ist im Bereich dieser Völker immer blendend entfaltet gewesen, und viele Jahrhunderte hindurch hat technischer Fortschritt hier seine Pflegestätte gefunden, sind alle Anläufe zur Meisterung der Natur durch den menschlichen Geist nach menschlichen Zweckge-

¹⁾ Siehe Schulz Die Welt des Islams I /München 1917/, Seite 21 f.

danken von hier ausgegangen. Dank dem orientalischen Despotismus sind hier in grauer Vorzeit bereits Leistungen der Technik und der Organisation gelungen, wie sie sonst uns nur bei vereinzelt, besonders hochstehenden Urvölkern Amerikas begegnen. Die großen Wasserbauten der Ägypter, Babylonier und Assyrier und die riesenhaften Tempelstädte und Grabstätten verführten noch heute ebenso deutlich den Ruhm dieser technischen Zeit des Orients, wie es uns die schriftlichen Überlieferungen von den Entdeckungsfahrten der orientalischen Küstenvölker nach Indien, Britannien und Norwegen singen und sagen. Alles dies verlangte eiserne Organisation der Menschen, verlangte eine feste und biegsame Zucht, verlangte Arbeiterkolonien, die sich ohne Murren einem überlegenen Willen beugten, die geboren wurden, aufwuchsen, sich mühten und starben nach dem Willen des Herrschers.

So sehr aber Despotie in gegebener Zeitlage ein Element technischer Triumphe sein kann, so gibt es doch einen Augenblick, in dem die Weltgeschichte dieses Mittel kraftlos macht: das ist der Moment, in dem nicht nur die kleine Herrscherkaste, sondern auch die Masse der Arbeiter zu denken beginnt. Zuerst geht das Werk unruhig und mit Reibungen vor sich. Die Widerstände häufen sich. Der Blick des auf der irdischen Welt Unglücklichen richtet sich gen Himmel und baut sich dort ein besseres metaphysisches Etwas. Despotische Kurzsichtigkeit knüpft hieran an. Sie organisiert die Metaphysik im staatserhaltenden Sinn und sucht den Menschen dadurch von seiner Neuerungssucht abzubringen. Ein auf die Dauer untaugliches Mittel. Denn gerade die Metaphysik trägt den Keim des Umsturzes in sich. Welches ist da der Ausweg? Entweder der Mensch greift in den Himmel hinauf, der ihm gezeigt wird, und holt herunter seine ewigen Rechte, um seine Kräfte in materieller Arbeit betätigen zu können; oder aber er versinkt in Sehnsucht nach einem bessern Dasein im Jenseits und kehrt sich ganz vom weltlichen Getriebe ab. Den ersten Weg ging der europäische Westen, den andern Weg der Orient im letzten Jahrtausend. Europa wurde so völlig diesseitig und verlor, je mehr es arbeitete, den eigentlichen Sinn der Arbeit, da die Produktion nur als Mittel der Bedürfnisbefriedigung aufgefaßt wurde. Im Orient wiederum kehrten sich alle Antriebe, alle Willensgründe vom irdischen Dasein ab, nur ein Mindestmaß von tätigem Geist blieb hinieden übrig, und so wurde die Erde dort der Despotie überlassen. Noch ist die Synthese nicht gefunden, die das Diesseits als Pflicht, das Jenseits als Ziel anerkennt. Und wenn der Orient der Menschheit die ewigen Werte der Seele aufbewahrt hat, die in dem Europa der Nützlichkeit zerrieben werden, so muß er doch auch erneutes Leben in materieller Arbeit finden, die nicht beiseite gelassen werden darf sondern vollendet werden muß, und deren Materialität gerade durch ihn dann überwunden und aufgelöst wird. Will man eine Wiederentfaltung der wirtschaftlichen Produktivkräfte im Orient herbeiführen helfen, ohne Gefahr zu laufen die ewigen Werte seiner Geistigkeit auf dem Altar des *Fortschritts* blindwütend zu opfern, so muß man vor allem einsehen, daß die Verteilung von Erde und Meer, von Regen und Sonne, von Sturm und Windstille, von Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit, von Hitze und Kälte, von Hoch und Tief eine völlig andere ist als im Gebiet des europäischen Menschen, und daß diese andersartige Verteilung der Grundelemente aller Kultur auch andere Produktionsverhältnisse schafft. Ungeheure Wüstenstrecken und riesenhafte Hochgebirgsblöcke hem-

men alle Bewegung von Gütern, riegeln die Türen zwischen Ländern zu, deren Größe nach unserm Augenmaß fast Kontinenten gleichkommt. Wasser kommt in ungleichmäßiger Verteilung vor. Einige große Seen und einige langhingestreckte Stromsysteme sind die Quellen aller Fruchtbarkeit. Regen, der das Land auch da, wo keine größeren Flußläufe vorhanden sind, am Austrocknen verhindert, Tau, der jeden Morgen die oberste Schicht der Bodenkrume neu benetzt, Schnee, der weite Flächen dünn bedeckt und in langer langsamer Schmelze tiefe Bodenschichten mit Feuchtigkeit sättigt, kommen jetzt dort nicht vor. Im Westen ist Wasserspeicher für die Landwirtschaft jeder Fleck bebaubaren Bodens. Er saugt sich jedes Jahr mehrere Male voll wie ein Schwamm; in der Zwischenzeit zwischen den großen Benetzungen frischen kleine Regenmengen die schwindende Feuchtigkeit wieder auf. Im Orient wird Wasser einigermaßen kontinuierlich nur frei in den Hochgebirgen, und auch da poltert in der Regenzeit weitaus die größte Menge des Wassers von den Bergabhängen herunter, überflutet weite Strecken Landes und stürzt in rasendem Tempo zum Meer, um in ihm rettungslos und nutzlos zu versinken. Nur ein kleiner Teil der Niederschläge im Gebirge, nur der Teil, der in den höchsten Schichten während des Winters als Schnee niederfällt, kommt als Quelle dauernden gleichmäßigen Wasserzuflusses für die zu Füßen der Gebirge liegenden, weit ausgedehnten Tafelländer in Betracht. Mit diesem Wasser muß hausgehalten werden, damit nicht der, der näher der Quelle sitzt, dem Entferntern alles wegbrauche und ihn in rücksichtslosem Eigennutz völlig trockenlege und aushungere. Deshalb ist einheitliche Organisation nirgends in höherm Grad Voraussetzung menschlicher Wirtschaft als im Orient.



IN der Türkei liegen die Verhältnisse im allgemeinen gerade so wie im übrigen Orient. Abgesehen von den schmalen Küstenstreifen Kleasiens, Syriens und Arabiens und von den wenigen Inseln, die ihnen vorgelagert sind, finden wir überall den gleichen Typus: Steppen von mittlerer Höhenlage mit extremem Festlandsklima, durchschnitten von wenigen großen Stromsystemen und im übrigen völlig wasserleer. Diese Stromsysteme sind in Kleinasien noch nicht so ausgesprochen orientalisches wie in den übrigen Teilen der Türkei entwickelt; in Arabien fehlen sie ganz. So kommt es, daß Kleinasien in seinem Wirtschaftstypus noch immer dem europäischen Kulturkreis nähersteht und das Innere Arabiens überhaupt nur von spärlichen Nomadenstämmen bewohnt ist. Dagegen sind die übrigen Gebiete der Türkei, insbesondere Syrien, Mesopotamien, Kurdistan und Armenien, vollkommen orientalisches Natur. Man kann 2 große Gebiete unterscheiden, je nach der Quelle des in ihnen verfügbaren Wassers. Das erste ist das Gebiet, das aus dem Hochgebirge von Armenien sein Wasser bezieht und im wesentlichen von 2 großen Strömen, dem Euphrat und dem Tigris, versorgt wird; das zweite ist Syrien, das aus dem Libanon, dem Antilibanon und den anschließenden Bergketten sein Wasser bekommt. Diese beiden Gebiete sind deshalb, jedes für sich, in der Geschichte immer wieder politische Einheiten geworden; sie stellen auch heute von einander getrennte, in sich aber geschlossene Verkehrsgebiete dar.

Dabei ist aber das Schicksal diesen Gebieten in der neuern Zeit nicht günstig gewesen. Bis um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert wurden sie durch

das Interesse der ostasiatischen und der nordwesteuropäischen Welt zu Durchgangsländern des Verkehrs gemacht. Mit der Entdeckung des Seewegs um Südafrika herum jedoch verloren sie diese Funktion und damit auch jeden Antrieb zu einer Verkehrsverbindung zwischen ihnen beiden. Seitdem ist Syrien ein Gebiet, dessen einziger bedeutend entwickelter Strom sich in einem Binnensee, dem Toten Meer, verläuft; die große Verkehrsader Mesopotamiens und Kurdistans, das System Euphrat-Tigris-Schatt el Arab endigt, vom Weltverkehr abgewandt, im westlichsten entlegensten Zipfel des Indischen Ozeans, im Persischen Golf, an dessen Ausgang ins freie Meer das fremde Perservolk sitzt. Dazu kommt, daß auf dem System der Ströme Mesopotamiens Schiffsverkehr lange Zeit fast nur in der Richtung stromabwärts möglich war. Jede Lastenbeförderung stromaufwärts bedurfte ungeheurer Aufwendung von Menschenkräften; und da stromaufwärts als Ziel schließlich nur noch das wirtschaftlich tote und verkehrsmäßig isolierte Armenien winkte, so kann es nicht wundernehmen, daß sich in diese Sackgasse des Verkehrs immer weniger und weniger Güter und Menschen verließen. Auch der Aufschwung der Dampfschiffahrt mit Hilfe von Steinkohle oder Holz hat daran im vorigen Jahrhundert nicht viel geändert. Erst die Entdeckung von Petroleum und die Konstruktion von Motoren, die mit diesem Triebmittel zu arbeiten vermochten, hat um die letzte Jahrhundertwende auch hierin einen Wandel angebahnt. Die neue Technik wurde aber von außen her, von kapitalistischen Kolonisatoren, ins Land gebracht, und so lag ihre Anwendung zunächst vollkommen in fremder Hand, liegt darin auch noch heute zum größten Teil. Auch gegenwärtig geht der Streit nicht darum, daß die Türkei die Schiffahrt auf ihren großen Strömen nationalisiert, sondern nur um die Entscheidung, welches der fremden Völker den Verkehr beherrschen wird: die Russen, die Engländer oder die Deutschen.

Im letzten Jahrhundert hat die Menschheit gelernt auf dem Land unabhängig vom Wasser Verkehrsstraßen zu bauen, auf denen sich Gütermengen transportieren lassen, wie sie für den Weltverkehr heute allein Bedeutung haben. Früher war das anders. Früher umfaßte der Weltverkehr in erster Linie Seltenheiten, Luxuswaren, Produkte, bei denen der Wert der Gewichtseinheit hoch, die gesamten transportierten Mengen gering waren, so daß es möglich war unverhältnismäßig große Mengen von Menschenarbeit in den Transport dieser Güter zu versenken. Zwar hat auch früher der Transport von Lebensmitteln in großen Quantitäten hier und da in der Geschichte der Alten Welt eine Rolle gespielt, wo er von geographischen Eigentümlichkeiten besonders begünstigt wurde. So hat das römische Weltreich aus allen Küstenländern des Mittelmeerbeckens und aus den beiden großen Gebieten, die zum Mittelmeerbecken führende Ströme hatten, nämlich Südrubland und Ägypten, gewaltige Mengen von Getreide bezogen. Aber das war doch schließlich eine vorübergehende Erscheinung. Im übrigen war der orientalische Güterverkehr, der so märchenhafte Schätze in den großen Handelszentren zusammengetragen hat, nur Verkehr mit Luxuswaren. Edle Metalle, edle Steine, Perlen, kunstgewerbliche Erzeugnisse, Kunstwaffen, seidene Gewänder, seltene Farben, Gewürze und Riechstoffe waren die wichtigsten Artikel dieses Verkehrs, Waren also, die sich leicht auf den Höckern von Kamelen oder auf dem Rücken von Sklaven über endlose Wüstenstrecken hinwegtragen ließen. Als diese Güter für den Querweg vom Persischen Golf zum Bosphorus und zum Golf von Cilicien nicht mehr in Frage kamen, ver-

siegte der Durchgangsverkehr der Türkei ganz und gar. Die Erfindung der Eisenbahn blieb unter diesen Umständen zunächst völlig ohne Wirkung auf die Verkehrsverhältnisse der Türkei. Die Technik des Eisenbahnbaus gestattete lange Zeit die Überwindung der großen Gebirgsschwellen gar nicht. Alles Material zum Eisenbahnbau, in erster Linie Schienen und Schwellen, mußte auf unendliche Entfernungen erst herangeschafft werden. Die Triebkraft mußte ebenfalls, in Gestalt von Kohle, aus dem Ausland bezogen werden, denn Kohlen und Holz waren in der Türkei in größeren Mengen überhaupt nicht verfügbar. Die Entdeckung von Kohlenvorkommen in Kleinasien datiert erst aus der allerneuesten Zeit, und mit den schon länger bekannten Petroleumvorkommen wußte man lange ebenfalls nichts anzufangen. So waren die Gesteigungs- und Betriebskosten für den Eisenbahnverkehr bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Türkei so hoch und die technischen Schwierigkeiten des Eisenbahnbaus so groß, daß es nur zu kleinen Lokalbähnchen kam. Große Überlandwege kamen nicht zustande, zumal da auch die Beschaffung von Wasser für den Betrieb der Lokomotiven auf weite Strecken hin nahezu unmöglich schien.

In der neuesten Zeit sind auch in diesen Voraussetzungen wichtige Änderungen eingetreten. Besonders in Nordafrika ist allmählich die Technik der artesischen Brunnen ausgebildet worden, durch die es möglich ist bei günstigen geologischen Verhältnissen auch mitten in der Wüste kleine Quellen künstlich zu schaffen. Vor allem aber hat der mangelnde Verkehrsreiz einen Ersatz in politischen Motiven zum Eisenbahnbau gefunden.

DIE Türkei selbst ist mit dem Eisenbahnbau in der Hauptsache nach politischen Motiven vorgegangen. Etwa seit der Entstehung des Deutschen Reiches hat der Ansturm der äußeren Feinde auf das Türkische Reich mit vermehrter Wucht begonnen. Die beiden großen Schritte in dieser Entwicklung geschahen fast gleichzeitig: der russisch-türkische Krieg von 1877 und die Losreißung Ägyptens durch die Engländer im Jahr 1882. Gleichzeitig damit erwachten innerhalb des Türkischen Reiches die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterjochten Völker zu neuem Leben. Von 1850 ab beginnt der Endkampf des nordafrikanischen Arabertums gegen Europa; während dieser in Ägypten, Tunis und Algerien mißlang, führte er zu einer schnellen Auswanderung derjenigen Teile der moslemischen Bevölkerung, die nach Freiheit strebten, nach dem Süden. In jener Zeit erleben wir schnell aufblühende Gründungen von arabischen Despotieen im Sudan. Hand in Hand damit ging eine energische Propaganda für den islamischen Glauben in Afrika und gleichzeitig ein neues Aufblühen des islamischen Ordenswesens. Der Kampf gegen Europa nötigte zur Reform. Der Heilige Krieg kehrte die Seelen, die in bloßem Formelwesen fast erstarrt waren, wieder einer ernsten Auffassung der Konfession zu; der größte und bestorganisierte dieser Orden, derjenige der Senussen, ging sogar dazu über seine religiösen und politischen Reformbestrebungen in das Mutterland des arabischen Glaubens, nach Südarabien mit Mekka und Medina, hineinzutragen. Aus Ägypten flüchteten gelehrte Araber nach allen Richtungen der Welt. Ebenso wie in Paris und in der Schweiz suchten sie auch im Türkischen Reich Zuflucht, und wohin sie kamen, in den beiden heiligen Städten sowohl wie in Damaskus und Aleppo, wurden sie Mittelpunkte zugleich religiöser und nationalpolitischer arabischer Reform-

propaganda. In die selbe Zeit fiel auch das Aufblühen der mohammedanischen Bevölkerung Britisch Indiens. Damals errang auch der Islam im Heiligen Krieg seinen ersten Sieg über die Ungläubigen seit einem halben Jahrhundert. Bald folgten andere Siege, die Errichtung des Reiches des Mahdi im Quellgebiet des Nils, die Niederlage und der Tod des Generals Gordon in Chartum usw. Das alles brachte die bis dahin schlummernden religiösen und nationalpatriotischen Autonomiebestrebungen in der Türkei zu neuem Leben.

Man erinnert sich bei uns höchst selten und manchmal wohl auch nur mit Unbehagen der Tatsache, daß, wie in Ungarn die Ungarn, so in der Türkei die Türken nicht die Mehrheit der Bevölkerung sind. In der Türkei sind neben den kleineren Gruppen der Juden und der Levantiner 3 große Fremdstämme vorhanden: die Armenier, die Kurden und die Araber. Von diesen sind die Kurden niemals so recht der Herrschaft des Großherrn von Stambul unterworfen gewesen. Auch die Armenier sind im wesentlichen der Reichsorganisation niemals völlig eingegliedert worden. Bei beiden aber hatte dieser Umstand nicht viel zu bedeuten; denn die von ihnen bewohnten Gebiete waren Randgebiete, ihre Religion war der des Landes fremd, und wenn auch alle Verfolgungen, die gegen sie gerichtet wurden, kaum einen andern Erfolg hatten als den ihre an sich schon geringe Zahl noch weiter zu vermindern, so war doch eben diese zahlenmäßige Kleinheit ein Grund für die relative Ungefährlichkeit ihres Ununterworfenseins. Ein ganz anderes Gesicht bekam aber die Frage durch das Erwachen der syrisch-arabischen Bevölkerung. Diese bewohnte Syrien, Arabien und Mesopotamien, also die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete des Reiches, in geschlossener Masse. Sie war an Lebhaftigkeit des wirtschaftlichen Strebens und an Gedicgenheit der religiösen und politischen Bildung dem Türkentum weit überlegen; ihre beginnende Aufsässigkeit drohte sich zu einer Lebensgefahr für den Bestand des Reiches überhaupt auszuwachsen. Unter den vielen verschiedenen, zum Teil nicht sehr glücklichen Maßregeln, mit denen das türkische Herrenvolk und sein Sultan diese frühzeitig richtig erkannte Gefahr zu bekämpfen suchten, spielte auch die Verkehrspolitik eine ganz bedeutende Rolle, weil allein die Errichtung großer Landverkehrswege es möglich machte an alle bedroht scheinenden Punkte schnell eine ausreichende militärische Macht zur Bekämpfung des innern Feindes zu werfen. Aus diesen Gesichtspunkten heraus wurde zu Anfang der neunziger Jahre aus den vorhandenen Einzelbahnen in Kleinasien die Anatolische Bahn zusammengeschweißt, und zwar mit europäischer Hilfe; aus den selben Gründen baute Abdul Hamid seit dem Ende der neunziger Jahre aus freiwilligen Spenden der Bewohner des Türkischen Reiches die Hedschasbahn, die Nordsyrien mit Mekka verbindet; und aus den gleichen Überlegungen ging er auch auf die deutschen Vorschläge ein durch die Bagdadbahn den Persischen Golf mit dem Golf von Cilicien zu verbinden und die blind endigenden beiden anderen großen Bahnsysteme durch den Anfangsteil der Bagdadbahn mit einander und mit Mesopotamien in Verbindung zu bringen.

BISHER ist es also das Schicksal der Türkei gewesen zwischen inneren Antrieben und äußeren Bedrängungen, zwischen inneren Reformbestrebungen und auswärtigen Hilfsanerbieten hin- und hergeworfen zu werden. Das Deutsche Reich hat, durch die Deutsche Bank vertreten, in eigenem Interesse den Zusammenschluß der Anatolischen Bahnen herbeiführen helfen. Es hat das Bagdad-

bahnunternehmen in die Wege geleitet, weil Deutschlands weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage allmählich die Erhaltung einer einheitlichen lebensfähigen Türkei und die Erschließung der wirtschaftlichen und politischen Hilfsquellen des Osmanischen Reiches für es selbst zu einer Lebensnotwendigkeit gemacht hatte. Während die europäischen Staaten, die früher in Hilfsbereitschaft beim Bau der kleinen Eisenbahnen in Kleinasien und Syrien und in der Einrichtung der Dampfschiffahrt auf dem Schatt el Arab mit einander gewetteifert hatten, dies in der nur schlecht und häufig gar nicht verhüllten Absicht getan hatten das Türkische Reich zu zerstückeln, war diesmal die hilfsbereite Macht ein Staat, der solcher Zerstückelung im eigenen Interesse durchaus Widerstand leisten mußte und selbst keinerlei Interesse an Erwerbung türkischen Landes hatte. Während nun früher die Türkei den Hilfsanerbieten, ganz mit Recht, mehr als skeptisch gegenübergestanden hatte, erkannte sie diesmal die völlig andere Lage der Dinge. Sie ergriff deshalb die dargebotene Hand; und so machte das Riesenwerk dieses 3fachen Eisenbahnbaues in ganz kurzer Zeit solche Fortschritte, daß schon seit einer Reihe von Jahren die Anatolischen Bahnen und die Hedschasbahn ganz und gegenwärtig auch die Bagdadbahn etwa zu zwei Dritteln fertig sind. Und das alles trotz den größten technischen Schwierigkeiten (man denke nur an die Überwindung des Taurus- und des Amanusgebirges) und, obwohl England, Rußland und Frankreich aus guten Gründen dem Werk mit allen Kräften Widerstand geleistet haben. Dieser Widerstand ist nicht ganz ohne Erfolg gewesen. Das zeigt gerade der gegenwärtige Krieg am allerbesten. Der Bau der Bagdadbahn ist doch ganz erheblich verzögert worden, die Stichbahnen, die vom anatolischen System aus und von der Nordhälfte der Bagdadbahn her nach Armenien und Kurdistan hineinführen sollten, sind ganz und gar ungebaut geblieben. Welche militärischen Folgen das hatte, haben wir im gegenwärtigen Krieg gesehen. Um so mehr wird es an der Zeit sein nach diesem Krieg das Versäumte möglichst schnell nachzuholen.

Dazu kommt noch eins: Die wirtschaftliche Rentabilität der großen Bahnsysteme, die in Bau und Betrieb dauernd erhebliche Kosten verursachen, hängt zu einem guten Teil davon ab, daß die Güterzubringung zu ihnen auf möglichst breiter Grundlage in die Wege geleitet wird. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß man weitere zahlreiche Stichbahnen baut. Wohl aber ist das durch andere Mittel möglich. Das erste dieser Mittel ist der Bau zahlreicher guter, für den Verkehr von schweren Lastautomobilen geeigneter Zubringerstraßen, ein Problem, dessen technische Voraussetzungen durch die Automobilstraßen im Taurus und im Amanus vor dem Krieg bereits geschaffen worden sind. Ein weiteres Mittel ist ein konsequenter Ausbau der vorhandenen Wasserstraßen. An dieser Stelle berührt sich aufs engste das Verkehrsproblem der Türkei mit dem noch viel größern Werk einer einheitlichen Durchorganisation und vor allen Dingen Vervielfachung der Wasserversorgung des türkischen Grundes und Bodens.

Im Altertum hat der Boden der heutigen Türkei in vielen Gegenden ausgedehnte Systeme künstlicher Bewässerung getragen. Das Zweistromland ist noch heute ebenso wie große Strecken Syriens voll von Resten dieser gewaltigen Bauten, mit deren Hilfe das kostbare Naß weit von den Flußläufen weg über das Land verteilt wurde und überall so aus an sich reichem, aber dürrer Boden Getreidefelder entsprossen ließ, die das Vielfache der Aussaat

einbrachten. Nun ist freilich im Lauf des Mittelalters und der Neuzeit der Boden in denjenigen Gebieten, die überhaupt noch landwirtschaftlich ausgenutzt sind, stark ausgesogen worden. Das hängt hauptsächlich damit zusammen, daß Holz, das immer schon ein ziemlich seltenes Gut in Babylonien und Assyrien war, nun nahezu völlig fehlt und jedenfalls als Brenn- und Baumaterial keine Rolle spielt. An dessen Stelle ist, wie überall im Orient, der Mist getreten. Dieser geht so nicht, wie bei uns, wieder in den Kreislauf der Bodenreichtümer ein sondern wird ihm seit Jahrhunderten konsequent und vollständig entzogen. Ein gewisser Grad von Auspowerung des Bodens ist also sicherlich nicht zu verkennen. Doch ist dieser Mangel an bestimmten Mineralien heutzutage auf dem Weg der künstlichen Düngung leicht auszugleichen. Versuche dazu sind auch bereits seit vielen Jahren im Gang und haben vielerorts zu schönen Erfolgen geführt.²⁾ Das, woran es aber im allgemeinen fehlt, ist gerade das Wasser.

In den Gebieten des Wassermangels in Nordafrika, aber auch in ähnlich beschaffenen Gebieten der Vereinigten Staaten und Argentiniens hat man Methoden ausgearbeitet, um in der Halbsteppe, wo es gewisse, wenn auch geringe, Mengen von Niederschlägen noch gibt, eine Landwirtschaft ins Leben zu rufen. Das dry farming der Amerikaner, der Luzerneanbau in Argentinien und Texas und die Züchtung von stachellosen Kaktusarten, die nur ganz wenig Wasser brauchen und als Futtermittel fürs Vieh durch den in ihnen aufgespeicherten Wasservorrat den Wasserbedarf sogar einschränken, sind solche Methoden in der Halbsteppe die Anlage von Bewässerungsbauten in gewissem Maß zu umgehen. Wo diese Methoden anwendbar sind, insbesondere da, wo man mit Alfalfa, mit Hilfe des mehreren Meter langen Wurzelsystems dieser Luzerneart, aus den tiefen Schichten der oben trockenen Krume das Wasser herausholen kann, da ist auch im allgemeinen die Befriedigung des für Mensch und Tier gegebenen Wasserbedarfs durch die Anlage von artesischen Brunnen möglich. Eine Übertragung dieser Methoden auf die türkischen Verhältnisse ist zweifellos nicht ganz leicht, aber ganz sicher möglich. Doch kommen in der Türkei für eine solche Methode der Landwirtschaft nur Gebiete in Betracht, die, wenn sie an sich auch nicht klein sind, im Verhältnis doch vorläufig nur eine geringe Bedeutung haben, weil eine wesentliche Voraussetzung zur nutzbringenden Betreibung der Landwirtschaft nach diesen Methoden im allgemeinen fehlt, nämlich die erforderliche, regelmäßig fließende Zuwanderung von Menschen, die imstande sind verhältnismäßig schwierige landwirtschaftliche Einzelfragen auf dem Weg des Improvisierens dauernd unter der Hand zu lösen. Der Türke ist im allgemeinen, eben weil er erst jetzt aus der Unselbständigkeit einer stets ertragenen Despotie sich zu befreien beginnt, zu allem eher imstande als zum Improvisieren. Deshalb wird man auch da, wo die natürlichen Bedingungen für solche Arten von landwirtschaftlichen Arbeiten an sich gegeben

²⁾ Siehe dazu J u n g e Über landwirtschaftliches Versuchswesen im Nahern Orient, im Archiv für Wirtschaftsforschung im Orient, 1916, I, Seite 198 ff., und M u c h i n e Bericht über die Tätigkeit der Andisaner Versuchsstation im Jahr 1910, ebenda, Seite 212 ff., und Seite 363 ff. Die Ergebnisse der Verfasser lassen sich innerhalb gewisser Grenzen von Turkestan auch auf den übrigen Orient ausdehnen. Weitere Forschungen dieser Art sind im Gang, zum Beispiel in Palästina; siehe R u p p i n Syrien als Wirtschaftsgebiet /Berlin 1917/. Ferner zahlreiche Veröffentlichungen des amerikanischen Landwirtschaftsamts über die ganz ähnlich liegenden Verhältnisse in den Prärien; siehe zum Beispiel W o o t o n Factors Affecting Range Management in New Mexico/Washington 1915/ und C h i l c o t t Spring Wheat in the Great Plains Area (Relation of Cultural Methods to Production), Corn in the Great Plains Area, Barley in the Great Plains Area /Washington ohne Jahr/.

sind, doch nur auf ein geringes Maß von Ausdehnung dieser Bestellungsverfahren rechnen dürfen. Wenn man in der Türkei den Ackerbau wesentlich ausdehnen will, so wird dazu ein anderer Weg eingeschlagen werden müssen, der solche relativ hohe Anforderungen an die Fähigkeiten des Bauern sich selbst zu helfen nicht stellt und nur zweierlei verlangt: systematische Bearbeitung großer Gebiete nach einheitlichen Gesichtspunkten und schnelle, vollständige Besiedelung einer einmal in Angriff genommenen Landstrecke mit verhältnismäßig dichten Bauernmassen. Dieser Weg ist der der künstlichen Bewässerung, also ein Zurückgreifen auf das im Altertum und im frühen Mittelalter und anderwärts im Orient (Ägypten, Turkestan) auch schon jetzt im großen Geleistete.



AUCH in der modernen Türkei sind Bewässerungsanlagen dieser Art hier und da schon vorhanden²⁾; zumal in Kleinasien, zum Beispiel in der Ebene von Konia, sind schon große Becken an sich fruchtbaren Landes auf diese Art der landwirtschaftlichen Nutzung zurückgegeben worden, sobald durch die Einrichtung zuverlässiger Verkehrswege, die einen Transport von Massengütern erlauben, die Landwirtschaft genügend rentabel gemacht wurde. Alle Elemente für eine Ausdehnung dieser Methoden der Landwirtschaft erscheinen in der Türkei in weitem Ausmaß gegeben. Der fruchtbare Boden ist vorhanden. Aus den großen Stromsystemen kann Wasser für viele Hunderttausende von Hektaren entnommen werden. Die wichtigsten Verkehrswege sind da und können mit leichter Mühe auf den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit gebracht werden. Es kommt nur darauf an zwei Fragen zu lösen: die Kapitalfrage und die Menschenfrage.

Die Türkei erzeugt weniger landwirtschaftliche Produkte als sie nötig hat. Bisher hat der Mangel an Verkehrsmitteln innerhalb des Reiches dazu geführt, daß einzelne Überschußgebiete ihr Zuviel ins Ausland ausführten, und daß die Zuschußgebiete vom Ausland her auf dem billigen Seeweg kauften, was sie nötig hatten. Die Vollendung der großen Bahnsysteme wird diesem Übelstand abhelfen und einen lohnenden Markt für die Überschüsse einzelner Gebiete des Reiches in anderen Reichsteilen schaffen. Die Kapitalisten der Eisenbahnen wiederum haben alles Interesse daran das Gebiet, aus dem die Eisenbahnen transportable Güter an sich ziehen sollen, durch Hergabe von Kapitalien möglichst schnell und energisch zu entwickeln. Darin liegt die Lösung der Kapitalfrage.

Auch die andere Voraussetzung, nämlich die Beschaffung von Arbeitskräften, kann bei gutem Willen der Regierung als gegeben betrachtet werden. In dieser Hinsicht kommt es darauf an nicht hier und da etwa nach den Methoden europäischer Innenkolonisation einzelne Kolonisten oder einzelne Dörfer mitten in die ungeheuere Verlassenheit hineinzusetzen sondern die ganze Kraft der Aktion auf 2 oder 3 Gebiete zusammenzufassen, dort aber viele Dörfer nebeneinander, etwa nach den Methoden der russischen Kolonisation im Waldgebiet Sibiriens, hinzusetzen und so den Ausbau eines Bewässerungssystems rentabel zu machen. Das Menschenmaterial dazu ist an sich vorhanden. Ich erinnere nur an die massenhaften türkischen Rückwanderungen aus den in neuerer Zeit unter slawische Herrschaft gebrachten europäischen Gebieten und an die jüdische Kolonisation. Gerade hierfür

²⁾ Siehe auch die Rundschau Technik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 52 I.

hat der Weltkrieg Voraussetzungen geschaffen, die bisher nicht vorhanden waren, die aber erforderlich sind, wenn man das große Werk mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen will.

So sehen wir hier einen zweiten engen Zusammenhang zwischen den Verkehrsverhältnissen und der Wasserwirtschaft der asiatischen Türkei, und man ist wohl berechtigt davon zu sprechen, daß diese beiden großen Fragen nur in ihrem doppelten Zusammenhang ihre volle Lösung finden können. In diesem Zusammenhang ist aber, wenn die Türkei nur will und wenn Deutschland hilft, die Lösung der großen Fragen auch durchaus möglich, so daß die Wirtschaft der Türkei an sich auf dieser Grundlage sehr wohl erneuert werden könnte.

HUGO POETZSCH · DIE FRAUENARBEIT UND DIE ARBEITERKLASSE

GANZ übereinstimmend ist in allen Ländern, die am Krieg beteiligt sind, eine starke Zunahme der Frauenberufsarbeit festgestellt worden. Innerhalb der Klassenorganisationen der Arbeiter wird diese Erscheinung aufmerksam beachtet; berührt sie doch in erheblicher Weise deren eigenes Interesse. Die Gewerkschaften denken vor allem an Mittel und Wege, um eine ungünstige Rückwirkung des Eindringens der Frauen in das Gewerbe auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Sie sind keine prinzipiellen Gegner der Frauenarbeit. Zahlreiche Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und die Statuten der Berufsverbände erweisen dies. Allgemein aber besteht die Auffassung, daß die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer wieder in ihre alten Stellungen einzurücken, daß die Frauen ihnen Platz zu machen haben. Allerdings wird auch damit gerechnet, daß in der kommenden Friedenszeit bedeutend mehr Frauen erwerbstätig sein werden als vor dem Krieg. Doch wird im besondern die allzu plötzliche Überflutung der Industrie mit Frauen sehr bedauert. Denn die Berufsorganisationen sind demgegenüber nicht imstande gewesen die neuen Arbeitskräfte zu absorbieren, das heißt sie den Verbänden einzuverleiben. Es fehlt an Werbekräften und Agitationsmöglichkeiten. Die Reihen der Verbandsfunktionäre sind gelichtet, die Möglichkeit Versammlungen abzuhalten ist gering. Zwar schließen die gegenwärtige Kriegskonjunktur und der Mangel an Arbeitskräften die Gefahr des Lohnendrucks vorläufig aus. Nach Friedensschluß wird aber in dieser Beziehung nicht mit Unrecht Schlimmeres befürchtet.

Im ganzen kann nicht behauptet werden, wie Genosse Max Quarck anzunehmen scheint, daß bei den Verbandsleitungen eine Abneigung gegen die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Organisation bestünde.¹⁾ Was in der Kriegszeit die Werbekraft einschränkt, ist oben angedeutet worden. Hierzu kommt, daß die Mehrzahl der Frauen, die während des Krieges in das Erwerbsleben eingetreten sind, noch weit weniger geneigt ist sich zu organisieren als ihre Schwestern in der Vorkriegszeit. Soweit es sich um Frauen von Kriegsteilnehmern handelt, sehen diese ihre gewerbliche Tätigkeit als eine vorübergehende Erscheinung an, die mit dem Augenblick ihr Ende er-

¹⁾ Siehe Quarck Organisation und Lohnpolitik der Frauenberufsarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 24 ff.

reicht, da der Ernährer der Familie wieder seinem Beruf nachgehen kann. Diese wie auch die übrigen Frauen und Mädchen sind durch Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel und das Bangen um ihre Lieben draußen an der Front seelisch so bedrückt, daß sie verstandesmäßigen Erwägungen noch weniger als sonst zugänglich sind.

BEVOR ich in der allgemeinen Betrachtung der Frauenarbeit fortfahre, möchte ich zunächst etwas über die Erwerbstätigkeit der Frauen in einem bestimmten Beruf einfügen, dessen Verhältnisse mir besonders bekannt sind: im Gastwirtsgewerbe. Sie weichen von denen in der Industrie nicht unerheblich ab. Im Gastwirtsgewerbe ist schon immer die Beschäftigung weiblicher Personen sehr stark gewesen. In der Küche, im Abwaschraum, in der Wäscherei und bei den sonstigen Hausarbeiten überwiegen die Frauen. Bei der Gewerbezahl von 1907 waren von 302 252 beschäftigten Personen 183 379 Frauen und Mädchen. Dazu kamen noch 233 379 Frauen und Mädchen als »mithelfende Familienmitglieder«. Der Krieg hat auch hier eine weitere Ausdehnung der Frauenarbeit gebracht. Der steigende Mangel an männlichem Bedienungspersonal hat zur Folge gehabt, daß man Frauen und Mädchen zur Bedienung der Gäste auch dort und in solchen Lokalen mit herangezogen hat, wo das bisher nicht üblich gewesen war.

Eine Umfrage des Verbandes der Gastwirtsgehilfen hat ergeben, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Eintritt der Frauen nicht unwesentlich verschlechtert worden sind. Der genannte Verband hat schon vor dem Krieg auch Kellnerinnen zur Organisation herangezogen. Diese Werbung unter den Kellnerinnen ist allerdings gewissen Einschränkungen unterworfen. Jene zweifelhaften Elemente nämlich, die man als Damenbedienung zu bezeichnen pflegt, sind vom Verband von jeher als organisationsunfähig beiseite gelassen worden. Die wirklichen Kellnerinnen, die in oft sehr schwerer Arbeit eine gewerbliche Tätigkeit ausüben, werden als organisationsfähig betrachtet. In der Hauptsache sind diese bisher auf Süddeutschland beschränkt gewesen; so waren in München kurz vor dem Krieg zirka 600 Kellnerinnen organisiert. Die bei der Werbearbeit zu überwindenden Schwierigkeiten sind hier noch bei weitem größer als in der Industrie. Auch für diesen Beruf trifft zu, was von anderen hier schon berichtet wurde: daß nämlich im allgemeinen die Frau den gewerkschaftlichen Ideen weit schwerer gewonnen werden kann als der Mann. Auch die inneren Gründe für die Passivität der Frauen sind im wesentlichen die gleichen, so daß weiteres darüber in diesem Zusammenhang nicht gesagt zu werden braucht. Die im innern Betrieb (Küche usw.) tätigen Frauen sind zudem nur schwer erreichbar. Die überaus lange Arbeitszeit, die Abgeschiedenheit von der übrigen Arbeiterwelt, alles das trägt natürlich nicht dazu bei das Interesse für den Gedanken der Organisation zu fördern. Es ist zuzugeben, daß die männlichen Gehilfen den Kellnerinnen wenig freundlich gegenüberstehen. Das hat hier noch einen besondern, im Beruf liegenden Grund. Die Kellnerinnen können in der Tat ihren männlichen Kollegen unter Umständen eine recht illoyale Konkurrenz bereiten, nämlich dann, wenn der Unternehmer sie nicht lediglich als gewerbliche Arbeiterinnen betrachtet und als solche anstellt, sondern wenn er dabei noch den Nebenzweck mit ins Auge faßt: die Kellnerin auch als Lockmittel für seinen Betrieb zu benutzen. Es braucht sich

da noch lange nicht um eine *Animierkneipe* zu handeln. Unter Berufung namentlich auf den letztangeführten Umstand lehnen die sogenannten nationalen Verbände der Gastwirtsgehilfen die Aufnahme von Kellnerinnen grundsätzlich ab. Selbst einige Gastwirtevereinigungen verweigern solchen ihrer Kollegen den Beitritt zur Organisation, die in ihrem Betrieb Kellnerinnen beschäftigen.



KEHREN wir nach diesem besondern Fall jetzt zur allgemeinen Untersuchung zurück. Wir sehen: Die Frauenarbeit hat sich während des Krieges immer weitere Gebiete erobert. Sowohl was schwere körperliche Arbeit als auch was geistige Tätigkeit anlangt. Es wäre zwecklos und unklug vor diesen Tatsachen die Augen verschließen zu wollen. Die Gleichberechtigung der Frau auf dem Feld der Arbeit ist grundsätzlich anzuerkennen. Grundsätzlich müssen alle Gebiete des Erwerbslebens der Frau offenstehen; auch die Beamtenlaufbahn und die gelehrten Berufe. Freilich nicht ohne gewisse Einschränkungen. Arbeiten, die dem weiblichen Organismus schädlich sind, müssen den Frauen gesperrt bleiben. Und dazu gehören nicht bloß Beschäftigungen, die besonders große Körperkräfte erheischen, sondern auch solche, bei denen ausgiebig mit Säuren und giftigen Stoffen hantiert wird, wie das in der chemischen Industrie vielfach der Fall ist. Hier muß die Frauenarbeit schon deswegen ausgeschaltet werden, weil sie trotz aller Anstrengung der Berufsorganisation in jedem Fall geringer entlohnt wird als die der Männer, während doch die gesundheitsschädlichen Folgen höchstens durch entsprechende höhere Entlohnung, die sich in bessere Ernährung usw. umsetzt, in ihren Wirkungen eingeschränkt werden können. Von den Arbeiten auf Bauten, in Bergwerken und auf manchen anderen Gebieten ist das selbe zu sagen. Wieder andere berufliche Tätigkeit wäre an sich für die Frau vielleicht nicht zu schwer; sie wird es nur durch die lange Ausdehnung (was im allgemeinen natürlich auch für die Männer zutrifft). Hier hat der Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeitskraft in weit höherm Maß einzugreifen als das vor dem Krieg geschah.

Wenig geeignet scheint die Frau für komplizierte technische Arbeiten. Ingenieur Stern, der in der Frankfurter Zeitung besondere Erfahrungen über die Verwendbarkeit der Frauen in der Maschinenindustrie veröffentlicht hat, weist mit Nachdruck darauf hin, daß komplizierte Arbeitsvorgänge geteilt werden mußten, damit die eigentlich schwierige Arbeit dem gelerntem Arbeiter verbleiben konnte. Man hat die Erfahrung gemacht, daß die meisten Arbeiterinnen für die Maschinen, die sie bedienen, gar kein Interesse haben, wohl aber Tag für Tag mit großer Gewissenhaftigkeit den selben Griff machen. Tritt ein Defekt ein, so rufen sie nach dem Techniker, ohne sich im mindesten um den Grund der Betriebsstörung, die Zusammensetzung der Maschine usw. zu kümmern, während diese für die meisten ihrer männlichen Genossen leicht zur Persönlichkeit wird, deren *Seele* kennen zu lernen ihnen Ehrensache ist. Die Arbeiterinnen, die Teilstücke eines Produkts anfertigen, fragen auch selten danach, was aus diesem Teil wird, wie es sich mit anderen Teilen zum Ganzen fügt. Der Arbeitsprozeß hat für sie kein besonderes Interesse. Eine obligatorische Lehrzeit für jugendliche Arbeiterinnen würde hier vielleicht einige Wandlung bewirken.

Im Handelsgewerbe, als Verkäuferin, Kontoristin sowie in den Bureaus aller

Art, wird die Frauenarbeit trotz dem Widerstand reaktionärer Gehilfenverbände steigende Zunahme erfahren. Hier bestehen auch gar keine gewichtigen Gründe sie einzuschränken; vorausgesetzt, daß der nötige gesetzliche Schutz gegen Überanstrengung aufgerichtet wird. Für viele Beschäftigungen, die sich hier bieten, eignet sich die Frau vielleicht noch besser als der Mann. Es sei nur an die Schreibmaschine erinnert. Was die gelehrten Berufe betrifft, so wüßte ich nicht, was da außer den auch für den Mann geltenden Prüfungen usw. noch weiter für künstliche Beschränkungen der Arbeit für die Frau bestehen bleiben sollten. Hier, auf dem Gebiet der geistigen Arbeit, sollte ohne jede Einschränkung das jetzt vielzitierte Wort »Freie Bahn dem Tüchtigen!« Geltung erlangen. Daß die Frauen in solchen Berufen in restloser Hingabe an die Arbeit dem Mann nicht nachstehen, in peinlicher Ausführung aller Einzelheiten ihm vielfach überlegen sind, ist eine Erfahrung, die kaum bestritten werden dürfte. Die andere (prinzipiell freilich entscheidende), oft erörterte, doch nie einwandfrei beantwortete Frage: ob die Frau auch die selben Möglichkeiten eigener schöpferischer Betätigung mitbringt wie der Mann, kann in diesem Artikel nicht behandelt werden.

UETZT entsteht die Frage: Soll die gewerbliche Arbeit der Frau nicht bloß geduldet und geschützt sondern mit allen möglichen Mitteln gefördert, gewissermaßen forciert werden? Genosse Quarck scheint dieser Ansicht zu sein. Und er hat dafür gute Gründe. Zunächst die Umformung der Hauswirtschaft, die Kräfte überflüssig macht; die wirtschaftlichen Notwendigkeiten; die wachsenden Möglichkeiten für die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Industrie. Dann aber die erzieherischen Wirkungen der Arbeit. Welch ein Unterschied zwischen dem Haustöchterchen und dem erwerbenden jungen Mädchen! Dieses lernt im Arbeitsprozeß, wird tüchtiger und selbständiger, sein Blick weitet sich und macht es gewappnet im Kampf ums Dasein. Die zierliche (oder auch zimperliche) Hilflosigkeit macht einer Energie Platz, die sich selbst zu schützen weiß, und die durchaus nicht der weiblichen Grazie bar zu sein braucht. Quarck verkennt auch die Nachteile nicht. Manche gemütlichen und seelischen Eigenschaften der Frau, die den Zauber ihrer Natur ausmachen, konnten früher besser gehegt und gepflegt werden.²⁾ Die Verwüstungen, die durch die rasche Entwicklung vom alten zum neuen System unter kapitalistischem Hochdruck angerichtet worden sind, werden aber durch neue höhere Formen der Familie, die unter der Herrschaft des Einzelhaushalts undenkbar waren, ausgeglichen und beseitigt. Frauen und Mädchen ohne Familienanschluß finden nach Quarck in den Pensionen, den Frauen- und Arbeiterinnenheimen, »die sich allmählich zu kulturellen Mittelpunkten des Wohnens und Wirtschaftens umformen«, einen geeigneten Ersatz.

Soweit ledige Frauen in Frage kommen, kann man Quarck rückhaltlos zustimmen. Anders, wenn es sich um verheiratete Frauen, um Mütter handelt. Hier unterschätzt Genosse Quarck nach meiner Ansicht die schweren Nachteile, die der Familie, namentlich den Kindern, aus der Abwesenheit der Frau vom Haus erwachsen. Er meint zwar, die Kinderhorte und Kindergärten verlieren allmählich ihren Armenunterstützungscharakter und nehmen der arbeitenden Frau die Sorgen der Kindererziehung ab, die doch

²⁾ Siehe Quarck Der sogenannte wahre Beruf der Frau, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 144.

mehr und mehr Gemeinschaftsarbeit werde. Und durchaus zutreffend ist, wenn Quarck sagt, die ausgebaute Mutterschaftsversicherung brette Mutter und Kind trotz Frauenerwerbsarbeit sicher viel besser als die ärmliche Einzelfamilie mit ihren primitiven gesundheitlichen Einrichtungen. Das gilt aber nicht bloß für die Entbindung sondern für jede Krankheit und fast für alle Familien. Und trotzdem besteht in weiten Kreisen eine, allerdings in der Hauptsache unbegründete Abneigung gegen das Krankenhaus. Wer es sich halbwegs materiell leisten kann, möchte seine erkrankten Familienmitglieder inmitten des Familienkreises behalten, ihnen die persönliche Pflege und liebende Fürsorge angedeihen lassen, die für das Wohlbefinden der Kranken von großem Belang ist. So steht es aber auch mit der Fürsorge für die Kinder und die Kindererziehung im ersten Lebensalter. Keine öffentliche Anstalt vermag die Mutter zu ersetzen. Selbstverständlich brauchen wir ergänzend und vervollkommnend die Gemeinschaftserziehung in Schule, Lehre usw. Die guten erzieherischen Wirkungen der schöpferischen Arbeit, die wir beim Mädchen nicht mehr missen möchten, weil sie aus ihm eine ganz andere Persönlichkeit formt, dürften bei der Frau als abgeschlossen gelten, sind also hier nicht mehr notwendig.

Aber nicht bloß für die Kinder, auch für den M a n n erwachsen aus der Erwerbstätigkeit der Frau große Nachteile. Er findet sein Heim bei der Rückkehr aus der Fabrik nicht immer in wünschenswerter Ordnung, die Behaglichkeit, in der er sich wohlfühlen könnte, fehlt, und es gibt nicht wenige Fälle, in denen hierdurch allein schon das Familienleben zerstört wurde. Der Mann findet kein richtiges Essen vor, die von der Arbeit heimkehrende Frau ist überbürdet, kann sich kaum ihm noch den Kindern widmen. Da ist der Mann versucht in der Kneipe Ersatz für das mangelnde Familienglück zu suchen. Quarck wird diese Auffassung als spießbürgerlich und veraltet abweisen, und er wird auf die im Werden begriffenen Einrichtungen hinweisen, die die Hauswirtschaft immer mehr entlasten und vereinfachen. So auf die Einheitsküche. Aber diesen Tendenzen steht eine andere entgegen, der zu folgen für die Arbeiterschaft nicht minder wichtig und nützlich ist. Ich meine die Gartenstadtbewegung mit dem Einfamilienhaus. Dieses, verbunden mit Gärtchen und etwas Feld bringt der Hauswirtschaft wieder vermehrte Arbeit, aber der Familie erhöhten Genuß, Liebe zur Natur, Interesse für Selbsterzeugung. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß hier der Boden für kollektive Einrichtungen, wie Einheitsküche usw. weit ungünstiger ist als in der Großstadt. Die Vorteile des Einfamilienhauses auch in ideeller Beziehung scheinen mir aber bei weitem erstrebenswerter. Denn es fragt sich doch sehr, ob die von der kapitalistischen Wirtschaftsweise ausgehende und geförderte Tendenz zur Nivellierung aller gesellschaftlichen Beziehungen bis weit hinein in die Familie einen Gewinn für das Menschentum, für die Vertiefung des Gemüts und des Geistes bedeutet.

Nach alledem komme ich zu dem Schluß, daß ich die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau nur als ein *notwendiges Übel* gelten lassen möchte, dessen Ausschaltung überall dort zu wünschen ist, wo die Notwendigkeit mitzuerdienen nicht gegeben ist. Daß der Mann allein genügend verdiene, um die Familie zu erhalten, muß meines Erachtens das erste Ziel sein, das auch die Gewerkschaften sich zu setzen haben. Daneben sollten kinderreiche Familien, die ja gerade jetzt dem Staat so ungemein willkommen sein müssen,

lange Vergangenheit hinter sich, während deren sie nicht stehengeblieben sind sondern sich nach der einen oder andern Richtung hin verändert haben. Dabei ist nicht gesagt, daß diese Richtung immer nur nach aufwärts geführt habe, sondern es ist anzunehmen, daß auch bereits jenen vorgeschichtlichen Zeiten, ebenso wie den geschichtlichen, die Erscheinung des Verfalls nicht fremd geblieben ist. Die Annahme freilich, als seien alle durch Völkerkunde und Prähistorie nachgewiesenen Formen von Religiosität unter dem Gesichtspunkt des Verfalls zu betrachten (die sogenannte Degenerations-theorie), dürfte heute als eine veraltete Theorie anzusehen sein, wenn sie auch bis in die Gegenwart hinein noch glänzende Vertreter gefunden hat.

Wenn uns somit Völkerkunde und Prähistorie die Frage nach den Anfängen der Religion nicht beantworten können, so können sie uns doch manchen Fingerzeig dafür geben, aus welchen Quellen die kompliziertere Religiosität der geschichtlichen Kulturvölker entstanden sein mag. Das Charakteristische an den geschichtlichen Religionen ist ihr Gottesbegriff. Die Frage nach ihrer Entstehung verdichtet sich daher von selbst zu der Frage nach der Entstehung des Gottesbegriffs, das heißt seiner Gestaltung im Menschen. Überschaun wir nun mit Rücksicht auf diese Frage die Tatsachen, die durch die vorgeschichtliche und ethnologische Forschung zusammengetragen worden sind, so finden wir, daß es hauptsächlich 3 in der Religiosität der Primitiven nachzuweisende Vorstellungsreihen sind, aus denen sich der Gottesbegriff der Kulturvölker gleichsam wie aus 3 Elementen (das Mischungsverhältnis der Elemente ist natürlich bei den individuellen Religionen verschieden) zusammensetzt: 1. der Glaube an Gott als an einen Geist, 2. der Glaube an Gott als an eine übernatürliche Macht oder Kraft, 3. der Glaube an Gott als an eine schöpferische Persönlichkeit. Je nachdem man innerhalb der religionswissenschaftlichen Forschung in dem einen oder andern dieser 3 Elemente etwas Primäres gesehen hat, ist man zu verschiedenen Theorien über die Entstehung der Religion gelangt. Der schwedische Religionsgelehrte N. Söderblom hat in seinem neuen Werk die wichtigsten von ihnen kritisch dargestellt.¹⁾ An diese Darstellung schließt sich das folgende im wesentlichen an.

Den ersten epochemachenden Versuch den Geisterglauben als Element der Religion nachzuweisen verdankt die Religionswissenschaft dem englischen Soziologen Ed. B. Tylor. Diese sogenannte *Animismus* theorie, die Tylor zuerst in einer 1867 vor der Londoner Royal Society gehaltenen Vorlesung niedergelegt und in seinem Werk *Primitive Culture* /1871/ eingehender begründet hat, besagt, daß die Religion ihre Wurzeln in dem Glauben der Primitiven an eine Unzahl unsichtbarer, sonst menschenähnlich gedachter und die ganze Natur beseelender Geister hat. Als Quelle für diesen Glauben betrachtete Tylor besonders das Bestreben der Primitiven die Erscheinungen des Traumes und des Todes einer rationellen Deutung zu unterwerfen. Eine Weiterbildung hat Tylors Theorie durch W. Wundt erfahren, der in seinem Werk *Mythus und Religion* zwischen dem Glauben der Primitiven an eine Körperseele, das heißt eine in einem oder mehreren Körperteilen befindliche Seele oder Seelenkraft, und dem Glauben an eine mehr oder weniger freie Seele unterschieden hat. Als verbreitetste Vorstellungsformen für die freie Seele hat Wundt den Atem und den Schatten angenommen. Noch weiter ist

¹⁾ Siehe Söderblom *Das Werden des Gottesglaubens*, deutsche Bearbeitung von Stübe /Leipzig 1916

dann Söderblom gegangen, indem er vorschlug den Animismus, das heißt den Seelenglauben, erst als einen spätern Schritt des primitiven Denkens anzusehen und als Ausgangspunkt eine als Animatismus, Belebung, zu charakterisierende Vorstellungsform anzunehmen, da ja in der Tat die bei Primitiven anzutreffende Vorstellungsform einer allgemeinen Belebung der Natur den Aufstieg des primitiven Denkens zu einem eigentlichen Seelenbegriff nicht notwendig in sich zu schließen braucht. Söderblom unterscheidet demnach 4 Formen animatistischer Denkweise, die sich sämtlich durch Prähistorie und Völkerkunde nachweisen lassen: 1. Das Naturding kann als lebendig aufgefaßt werden, ohne daß man ihm eine Seele zuschreibt. 2. In Analogie zu der entwickelten Psychologie des Seelenglaubens kann man in ihnen weiter eine Seele vom Körper unterscheiden, wie jeder Mensch eine oder mehrere Seelen besitzt. (Eine andere, vielleicht frühere primitive Erklärung ist, daß die Seele eines mächtigen Verstorbenen oder ein unbekannter Totengeist in dem Naturding, zum Beispiel im Baum oder im Krokodil, haust.) 3. Hat aber der lebende Mensch eine Seele, so muß auch jedes lebende Wesen, jeder Naturgegenstand, die Gesamtheit, kurz alles seine eigene Seele haben. (Der vollausgebildete Animismus besagt, daß jedes göttliche Wesen, jeder Mensch und jede Sache ihren Ka, ihre Fravaschi, ihre Atua oder wie die Seele sonst in den verschiedenen Sprachen heißt, haben. Es ist ein gewöhnlicher Fehler eine derart ausgebildete Seelenlehre der primitiven Anschauungsweise im allgemeinen zuzuschreiben. Die Dingeseele und Tierseele, ihrer Entstehung nach sekundär, haben sich auch im Lauf der Entwicklung als weniger lebenskräftig erwiesen.) 4. Endlich braucht der Geist wie die Seele, die einen Gegenstand belebt, weder die Seele eines Toten noch die eigene Seele eines Gegenstands zu sein sondern kann ein anderer freischwebender Geist, etwa ein Waldgeist oder ein Wachstumsdämon, sein, der zufällig darin Wohnung genommen hat.

Die zweite Theorie, die vom *Mana*, wurde entscheidend von dem englischen Missionar R. H. Codrington in einem Werk des Titels *Melanesian Anthropology and Folklore* /1891/ angebahnt. Nach dieser Theorie, die ihre eigentliche Ausgestaltung später, besonders von dem Franzosen D. Marillier und dem Engländer R. R. Marett erfahren hat, muß man die Wurzel der Religion in dem Glauben der primitiven Völker an eine übernatürliche Kraft oder einen übernatürlichen Einfluß suchen, der alles bewirken kann, was über die gewöhnlichen Kräfte des Menschen oder den normalen Gang der Natur hinausgeht. Diese Kraft heißt bei den Melanesiern *Mana* und findet ihre Analogieen bei primitiven Völkern aller Erdteile, zum Beispiel in dem *Wakanda*, dem *Manitu*, dem *Orenda*, dem *Oki* von nordamerikanischen Indianerstämmen, dem afrikanischen *Oudah*, *Fady*, *Hasina*, *Eki*, dem altgermanischen *Heill*, dem *Joia*, *Arunkulta* gewisser Australier, dem *Tabu* der Polynesier (zuerst erkannt von dem Missionar *Meinicke* in seinem Werk *Die Südseevölker und das Christentum* /1844/) und anderen mehr. Auch die berühmte *Tjurunga*, ein machtgeladenes und zu Kultzwecken benutztes Musikinstrument der Zentralaustralier, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Der Primitive erklärt durch dieses *Mana* unter anderm folgende Erscheinungen: Gift, Heilkraft, Krankheit, die Nährkraft der Pflanzen, die tötende Wirkung der Waffen, das Wachstum von Pflanzen, Tieren, Menschen, körperliche und geistige Tüchtigkeit, Erfolg, Glück, ungewöhnliche

Ereignisse, unheimliche Eindrücke, Wirkung des Wortes und der Töne, Gang des Himmels, Regelung von Wetter, Wind, Regen, Erkenntnis von Schuld und Unschuld, Voraussicht in die Zukunft und ähnliches mehr. Der Manabegriff wird in den verschiedenen Sprachen wiedergegeben durch folgende Übersetzungen: merkwürdig, sehr alt, sehr groß, sehr gefährlich, sehr stark, zauberkundig, übernatürlich, göttlich, Macht, Magie, Zauber, Glück, Erfolg, Gottheit, Lust und anderes mehr. Das Verhältnis des Managlaubens zum Geisterglauben läßt sich in folgenden Sätzen zusammenfassen: 1. Nicht alle Seelen haben Macht, und nicht alle Seelen sind Mächte (Mana wird besonders Häuptlingen, Medizinmännern, Kriegeren, schwangeren Frauen, Ahnen, Kulturheroen, Schöpfergottheiten, Naturgottheiten, Geistern, aber auch Gegenständen, Pflanzen, Tieren, Naturerscheinungen usw. zugeschrieben. 2. Die Macht wird in der Regel, aber nicht immer, als von einem persönlichen Willen herrührend betrachtet. Oft sind Seele und Mana nur zwei Gesichtspunkte der selben Sache. Auch die Sprache unterscheidet nicht immer scharf zwischen Geist und Kraft. Zum Beispiel sind der oder das Ngai der Masai, Nzambi der Congoneger, Mulungu, Wakanda, Manitu, Orenda der Indianer bald gleich Mana bald gleich machtgeladene Gegenstände bald gleich Geister bald gleich Schöpferwesen. Ähnlich verhält es sich mit dem indischen Brahma.

Insofern die Manatheorie den Anspruch erhebt tiefer als die animistische Theorie in die Anfänge der Religion hineinzuleuchten, beziehungsweise indem sie die Anfänge der Religion überhaupt erst da ansetzt, wo sich der Managlaube mit einem deutlich ausgeprägten Geister- und Seelenglauben verbindet, erscheint sie in der großen Zahl der über die Anfänge der Religion aufgestellten Theorien unter der Bezeichnung Präanimismus (in Deutschland besonders vertreten durch K. Th. Preuß). Indem die präanimistische Auffassung den Managlauben als eine Art vorreligiösen Stadiums ansieht, faßt sie den Begriff Religion entschieden zu eng. Denn das Kriterium für den Gottesbegriff ist doch nicht nur die mit dem Begriff Geist zusammenhängende Vorstellungsreihe; sondern die mit dem Manabegriff zusammenhängende Vorstellungsreihe heilig ist für die religiöse Einstellung mindestens gleich wichtig und wesentlich. Auch der Australneger, der keinen Geisterkult hat, unterscheidet in seinen Mysterien und Taburiten bereits ein profanes von einem heiligen Dasein und empfängt in der Einhaltung dieser Riten, die für ihn eine Erhebung über das bloße Naturdasein ist, Furcht und Vertrauen zu dieser geheimnisvollen übernatürlichen Macht, an die er glaubt, und an der er teilnehmen möchte. Wollte man übrigens die animistische Gedankenreihe zum ausschließlichen Kriterium der Religion machen, so dürfte man konsequenterweise vom Buddhismus nicht als von einer Religion sprechen, was doch entschieden eine schiefe Gesamteinstellung bedeuten würde. Die kritische Haltung, zu der die allzu enge Fassung des Religionsbegriffs durch die präanimistische Theorie herausfordert, dürfte auch gegenüber dem Anspruch des Präanimismus geboten sein tiefer in die Anfänge der Religiosität hineinzuleuchten als die animistische Theorie; besonders aber wäre eine solche kritische Haltung dann angebracht, wenn jener Anspruch auch gegenüber der animistischen Formulierung der animistischen Theorie aufrechterhalten würde. Will man ganz sicher gehen, wird man sich mit der Feststellung begnügen, daß beide Theorien je eine

wichtige, in vorgeschichtlichen Zeiten entspringende Quelle des Gottesglaubens nachgewiesen haben.

Eine dritte Hauptquelle für den Gottesgedanken der geschichtlichen Kulturvölker sieht Söderblom in dem bei vielen Primitiven nachzuweisenden Glauben an Gottheiten, die sich am treffendsten durch die Bezeichnung *Urheber* (auch *Urvater*, *Allvater*) charakterisieren lassen. Man hat früher diesen Typus als ein Produkt des Einflusses monotheistischer Religionen auf Primitive erklären wollen; doch läßt sich ein solcher Einfluß nicht in allen in Betracht kommenden Fällen nachweisen. Andere Erklärungen, die man außer der urmonotheistischen diesem Typus von Gottheit zu geben versucht hat, bestanden darin, daß man sie entweder als vergöttlichte Naturkraft (*Sonnengott*, *Mondgott*, *Himmelsgott*, *Donnergott* usw.) oder als vergöttlichte (menschliche oder tierische) Ahnen aufgefaßt hat. Aber wenn auch in der Tat die Grenzen zwischen dem Urbergott und den Naturgöttern oder Vorfahrgöttern oft fließend sind, so ist das entscheidende Merkmal bei allen diesen Gottheiten doch, daß sie in der Vorzeit mancherlei eingerichtet und verfertigt haben. Die Primitiven schreiben ihnen zu: den Ursprung von Menschen und Tieren, Wasser, Steinen, Gestirnen, Pflanzen und Natureinrichtungen, heiligen Zeremonieen, Tänzen, Mysterienbräuchen, Taburegeln, Eheregeln, moralischen Geboten, Gesellschaftsordnungen und dergleichen mehr. Eigentümlich ist diesen Gottheiten, daß sie meist als *dei otiosi* angesehen werden, das heißt, daß von ihnen angenommen wird, sie griffen gegenwärtig nicht mehr entscheidend in den Weltengang ein, den sie in der Vorzeit einmal festgesetzt haben, sondern sie befänden sich in hoheitsvoller Ruhe irgendwo in der Ferne, in einem andern Land, oben im Himmel, in seligen Gefilden oder Jagdgründen, oder unter der Erde, oder sie hätten sich in heilige Steine, Bäume oder Mysteriengeräte verwandelt. Im Kult haben sie meist geringe Bedeutung neben dem Kult anderer Gottheiten, die beständig und oft in gefährlicher Weise in das alltägliche Leben eingreifen, zum Beispiel Seelen Verstorbener, Ahnen, Dämonen, Naturgottheiten usw. Sie scheinen, da sie mehr im Sprichwort als im Kultus und in der Anschauung der Primitiven leben, mehr dem Kausalitätstrieb der Primitiven als ihrem Drang nach göttlicher Hilfe, Gnade oder Kraft zu entsprechen. Über die Art, wie man sich die Erschaffung von Welt oder Natur oder Menschheit durch diese Urheber denkt, sind durch die Völkerkunde hauptsächlich 2 typische Vorstellungsreihen nachzuweisen, nämlich 1. eine Schöpfung im eigentlichen Sinn, das heißt ein Verfertigen zum Beispiel des Menschen aus geknetetem Ton oder losen einzelnen Gliedmaßen; 2. eine Schöpfung durch Emanation, Keimung, Absonderung des Geschöpfes aus dem göttlichen Urwesen selbst.²⁾ Die Nachwirkung der ersten Vorstellungsreihe läßt sich deutlich in der griechischen Mystik und im indischen Pantheismus verfolgen, die der zweiten dagegen mehr im biblischen Schöpfungsmythus und in der persischen Religion. Die berühmte Urmonotheismustheorie A. Langs in seinem Werk *The Making of Religion* /1887/, und besonders in dessen 2. Auflage /1899/, die in der Gegenwart am eindrucksvollsten durch Pater W. Schmidt in seinem *Ursprung der Gottesidee* /1912/ vertreten wird, läßt sich aus dem Grund nicht auf den Urhebertyp anwenden, weil der Urhebertyp ja auch eine gleichzeitige Verehrung anderer Götter zuläßt. Auch die

²⁾ Über die verschiedenen Varianten des Schöpfungsgedankens siehe W e n d l a n d *Die Schöpfung der Welt* /Tübingen 1916/.

sogenannte Naturhypothese, die als Quelle für derartige Gottesvorstellungen neben dem Kausalitätsbedürfnis der Primitiven besonders die Gewalt eines sinnlichen Natureindrucks, zum Beispiel des Himmels³⁾, in den Vordergrund rückt, dürfte nicht so tief in die Anfänge des Gottesglaubens hinaufschürfen wie die Urheberhypothese, weil sich in vielen Fällen deutlich nachweisen läßt, daß die Beziehung dieser Gottesgestalten zur Astralwelt erst eine sekundäre Erscheinung ist. Endlich erweist sich auch die sogenannte Ahnenhypothese, das heißt der Versuch den Urbertypus durch die Vergöttlichung eines mächtigen Vorfahren zu erklären, als unzulänglich, da der Urheber in vielen Fällen den Geistern der Verstorbenen als etwas durchaus sui generis gegenübersteht oder auch da auftritt, wo die nötigen Voraussetzungen für einen ausgesprochenen Ahnenkult noch gar nicht vorhanden sind. Auch die vielfach anzutreffende Anrede des Urbergottes mit dem Namen Vater läßt sich nicht ohne weiteres im Sinn einer Zurückführung dieses Typs auf den Ahnenkult auslegen. Als Prototyp der Urhebervorstellung bei Primitiven darf man den australischen Gott Bájami ansehen, der als ein mächtiger Medizinmann geschildert wird, der einst von Westen kam, Menschen, Tiere, Flußläufe, Gebirge machte, die heiligen Zeremonien einsetzte, Ehregegnungen einführt und, als er alles fertig gebracht hatte, wieder davonging. Die Medizinmänner können, so wird angenommen, an einem Baum oder einem Seil zu ihm hinaufsteigen und Kraft holen. Der Urbertyp ist übrigens selbstverständlich nicht nur auf Australien beschränkt sondern findet zahlreiche Analogieen in den übrigen Weltteilen.

In diesen 3 Grundvorstellungen erschöpft sich nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung die Religiosität der Primitiven. Inwiefern diese Vorstellungen auch für die höheren Formen der Religiosität Bedeutung erlangten und als Bestandteile in die geschichtlichen Religionen eingingen, bleibt einer besondern Untersuchung vorbehalten.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kalliski

Außenhandelsregelung Viel zu lange ist der Entwicklung des Außenhandels in der Kriegszeit bei uns gänzlich freier Lauf gelassen worden. Spät erst erfolgte die Unterbindung der unerwünschten Einfuhr, der Einfuhr von Waren, die für unseren Gebrauch nicht notwendig oder gar überflüssig waren, die aber unsere Zahlungsbilanz ungünstig beeinflussten. Noch schädlicher war es, daß man auch die Einfuhr von Lebensmitteln dem freien Handel überließ. Erst als sich die Folgen dieses Zustandes als unerträglich erwiesen, erfolgte die Einfuhrregelung durch Übertragung von Einfuhrmonopolen für die wichtigsten Produkte an die Zentraleinkaufsgesellschaft. Sehr rasch begannen

die bekannten Angriffe gegen diese Gesellschaft. Der Handel, der sich geschäftlich beeinträchtigt fühlte, trug allerlei Material zusammen, um durch eine ihm günstige Stimmung der Öffentlichkeit womöglich die freie Einfuhrfähigkeit wieder zu erlangen. In Wirklichkeit war die Kritik gegen die Zentraleinkaufsgesellschaft vor der Errichtung der Monopole angebracht, denn die bis dahin zugelassene freie Konkurrenz des Handels trieb die Forderungen der Verkäufer im neutralen Ausland bis zu Liebhaberpreisen. Daß auch heute gewisse Klagen über eine Einschränkung der freien Einfuhr noch nicht verstummt sind, zeigt, wie außerordentlich langsam das Verständnis für wirtschaftliche Zweckmäßigkeiten und Notwendigkeiten Gemeingut wird. Vor allem sind es Kommunalverwaltungen, die immer wieder mit Be-

³⁾ Siehe Preuß Die geistige Kultur der Naturvölker /Leipzig 1914/, Seite 60.

schwerden darüber hervortreten, daß ihnen von Organen der Zentraleinkaufsgesellschaft Einfuhrmöglichkeiten versperrt wurden, obwohl die Beschaffung wertvoller Nahrungsmittel aus dem Ausland eigentlich mit Freude begrüßt werden müßte. Doch sind die Maßnahmen der Zentraleinkaufsgesellschaft stets daraus zu erklären, daß die Ausfuhr von Lebensmitteln aus den neutralen Ländern kontingentiert ist, daß die Kontingente bereits erfaßt waren und der Sonderanspruch die zur Verfügung des Reichs stehende Gesamtmenge entsprechend kürzen würde.

Noch später als den mit der Zügellosigkeit der Einfuhr verbundenen Gefahren ist den Mißständen entgegengetreten worden, die sich bei der Ausfuhr ergaben. Wohl verträgt der Exporthandel im allgemeinen am allerwenigsten eine Reglementierung; er muß schmiegsam und feinnervig sein, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Doch der Krieg hat je länger je mehr die Voraussetzungen für die Arbeit des Exporthandels aufgehoben. Von vornherein fiel die Ausfuhr der Produkte weg, die in der Hand der Gegner militärischen Wert erhalten konnten. Nichtsdestoweniger blieb der Spielraum für eine Exporttätigkeit noch ziemlich weit. Merkwürdigerweise bemühte man sich gar nicht den Export derjenigen Waren zu forcieren, die im Inland selbst gut zu entbehren gewesen wären. Derartige Bestrebungen hätten in den ersten beiden Kriegsjahren wohl Aussicht auf Erfolg haben können. Jetzt freilich sind die Hemmnisse, die ihnen im Weg stehen, kaum noch zu überwinden. Jetzt haben wir überwiegend mit der Ausfuhr von Erzeugnissen zu rechnen, für die wir selbst eine mehr als ausreichende Verwendung hätten. Wenn wir diese Artikel dennoch exportieren, so geschieht das zu Kompensationszwecken, aus politischen Gründen oder im Interesse unserer Valuta. Von einem Aufsuchen der Kundschaft kann längst nicht mehr die Rede sein. Damit hörte die eigentliche Tätigkeit des freien Exporthandels auf. Als erforderlich erwies sich dagegen eine sorgfältige Bemessung der Mengen, die für den Export freigegeben werden, denn jede nicht unbedingt notwendige Ausfuhr birgt eine Schädigung bedeutender Erfordernisse unseres eigenen Wirtschaftslebens in sich. So kam man zur Berufung eines Reichskommissars für Aus- und Einfuhr, der sich für seine Entscheidungen auf die Gutachten von 34 Zentralstellen stützen kann, die sich

aus den Vertretern der verschiedensten Industriezweige zusammensetzen. Weiterhin ist die Erledigung von Ausfuhrgeschäften in die Hände von Verbänden gelegt worden, die entweder schon früher das Verkaufsgeschäft betrieben (zum Beispiel das Kohlensyndikat) oder zu dem besondern Zweck geschaffen wurden. Zugleich wurden für eine Reihe der wichtigsten Exportprodukte Mindestpreise festgesetzt, nachdem man es erlebt hatte, daß das Ausland uns für seine Lieferungen maßlose Preise auferlegte, während unsere Ausfuhr im Zeichen der Konkurrenz nicht ohne Preisunterbietungen blieb. Mit der Erteilung einer Ausfuhrbewilligung erhält jeder Unternehmer oder jede Unternehmergruppe unter den Verhältnissen, wie sie sich jetzt herausgebildet haben, einen sichern Sondergewinn, der sich sachlich um so weniger rechtfertigen läßt, als die Lasten der kostspieligen Einfuhr von der Gesamtheit getragen werden. Im Prinzip ist die Unzulässigkeit dieses Zustands auch anerkannt worden. Die Ausfuhrvereinigungen haben sich zur Zahlung gebührenartiger Abgaben verpflichtet, die aber angesichts der Höhe der Preise und Gewinne, die sich noch dazu aus den Valutadifferenzen ergeben, als außerordentlich bescheiden bezeichnet werden müssen.

Mehrfach ist eine vom Reich zu gründende Zentraleausfuhrgesellschaft gefordert worden. Sie soll eine unbedingt zuverlässige Kontrolle über den Umfang des zulässigen Exports ausüben, eine zweckentsprechende Preispolitik treiben und die Gewinne der Ausfuhr für das Reich sichern. Das soll dadurch geschehen, daß weder einzelne Firmen noch einzelne Ausfuhrverbände direkt an das Ausland liefern sondern die Lieferung der Zentraleausfuhrgesellschaft übertragen, die ihnen dafür nur die geltenden Inlandpreise vergütet. Der diesem Vorschlag zugrunde liegende Gedanke ist zweifellos gut. Er dürfte aber auch dadurch zu realisieren sein, daß die Funktionen der Zentrale den schon bestehenden oder zu errichtenden Ausfuhrverbänden übertragen werden. Daß die Träger der Ausfuhrverbände die Organisationen der Berufsbeteiligten sind, kann nicht als Nachteil gelten; die Gefahr einer Nichtberücksichtigung öffentlicher Interessen durch die Geschäftshandhabung dieser Korporationen, kann durch staatliche Aufsicht immerhin vermindert werden, ohne daß der Vorteil der geschäftsgeübten Praxis entbehrt zu werden braucht. Auch für die Zeit nach

dem Krieg werden wir einer einschneidenden Ausfuhrregelung bedürfen. Es wird sich dann gerade als zweckmäßig erweisen von rein staatlichen Ausfuhrorganen abzusehen. Es ist sicher aus mancherlei Gründen besser, daß ein Verband von Exporteuren in Friedenszeiten die Ausfuhr bestimmter Waren ablehnt, als daß sich der Staat zu Ausfuhrverboten entschließen muß.

Betriebsstatistik und Betriebskonzentration Von dem wirklichen Umfang des Konzentrationsprozesses gibt die bisherige Betriebsstatistik auch kein annähernd vollständiges Bild. Vereinigungen verschiedener Betriebe zu einem Unternehmen werden von der üblichen Statistik nur dann erfaßt, wenn eine räumliche Zusammenlegung vorgenommen wird oder das neu aufgenommene Unternehmen die Firma des erwerbenden Betriebs erhält. Dabei sind die anderen Formen der Vereinigungen, die sich in einem stürmischen Tempo im Krieg nicht weniger als im Frieden vollziehen, weit zahlreicher. Besonders bei Aktienunternehmungen, deren Zugehörigkeit zu irgendeiner Gruppe durch Veränderung des Aktienbesitzes veranlaßt werden kann, ohne daß der Besitzwechsel kenntlich gemacht wird. Häufig werden von Aktiengesellschaften maßgebende Beteiligungen an anderen Betrieben und auch die Rechte voller Verfügung über ein anderes Unternehmen nach Möglichkeit verschwiegen, weil nicht selten der geschäftliche Zweck der Vereinigung noch besser gefördert wird, wenn die Kundschaft und sonstige Kreise von dem Zusammenschluß gar nichts erfahren. Schon daraus erklärt sich das Bestreben Betriebe, die unter die Kontrolle eines andern Betriebs gebracht sind, nach außen hin möglichst lange als selbständig erscheinen zu lassen. Nach dem Erwerb der Majorität von Aktien einer Aktiengesellschaft durch eine andere tritt der neue Besitzer sehr oft in der Generalversammlung des nun seiner Kontrolle unterstellten Unternehmens nicht als der wirkliche Gebieter auf, wenn auch meistens entscheidende Veränderungen des Aktienbesitzes Verschiebungen in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nach sich zu ziehen pflegen. Immerhin würde eine systematische Zusammenstellung der Beziehungen, wie sie in der Besetzung der Aufsichtsratsämter zu erkennen sind, eine recht wertvolle Ergänzung der Betriebsstatistik liefern. Recht zahlreich sind auch die Fälle, in denen von Aktiengesellschaften Privatfirmen unter Beibe-

haltung der alten Firmenführung übernommen wurden. Nur wenn die Aktiengesellschaften zu bestimmten Angaben über ihre Besitz- und Verfügungsrechte verpflichtet werden würden, ließe sich eine sichere Unterlage für Feststellungen über die tatsächliche Zusammengehörigkeit von Betrieben gewinnen.

Zusammenschluß

Die Bildung von Interessengemeinschaften hat neben der Form der vollen Fusion in den verschiedensten Industrien ebenso wie in der Schifffahrt und im Versicherungsgewerbe während des Krieges sehr starke Fortschritte gemacht. Dazu trug oft die Errichtung von kriegswirtschaftlichen Organisationen bei, die eine Zusammenfassung der Kräfte erforderlich machten. Aber auch die Notwendigkeit einer Sammlung der Kräfte zur Rüstung für den verschärften Wettbewerb nach dem Krieg ließ den Zusammenschluß als angebracht erscheinen. Während des Krieges ist der Anilinkonzern, der die Badische Anilin- und Sodafabrik, die Elberfelder Farbenfabriken vormals Bayer & Co. und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow umfaßte, durch Hinzutritt der Höchster Farbwerke, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung Leopold Cassella & Co. sowie der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron und der Chemischen Fabrik Weiler ter Meer erweitert worden. Diese mächtige Gruppe tritt jetzt nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung in enge Beziehungen zu der Pulvergruppe, die alle bedeutenden Pulverfabriken in sich schließt und in enger Verbindung mit den Dynamitfabriken steht. Die Verständigung zwischen der Anilin- und der Pulvergruppe wird auf breiter Basis erfolgen. Sie betrifft die Herstellung gewisser für Pulver notwendigen Vorprodukte, deren Fabrikation während des Krieges eine Umwälzung und zugleich eine bedeutende Erweiterung erfahren hat. Durch den Abschluß der Interessengemeinschaft soll die Folge einer Überproduktion, die in der kommenden Friedenszeit lästig sein könnte, vermieden werden. Offenbar schließt der Vertrag auch die Absicht ein die Errichtung neuer Werke auf Gebieten der Pulverproduktion und der Gewinnung der erwähnten Vorprodukte zu verhindern. Bei der enormen Ausdehnung der Sprengstoffindustrie seit 1914 kann auch im volkswirtschaftlichen Interesse der Verzicht auf Neugründungen dieser Art nur gutgeheißen werden.

Aktienbetriebe: Dem alljährlichen Erscheinen des Adreßbuchs der Direktoren und Aufsichtsräte unserer Aktiengesellschaften folgen regelmäßig in zahlreichen Blättern Zusammenstellungen über die Häufung der Aufsichtsratsposten. Diesmal ist der an Aufsichtsratsämtern reichste Mann der Geheime Kommerzienrat Louis Hagen in Köln mit 56 Aufsichtsratsposten, ihm folgt der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft Karl Fürstenberg, der 55 Aufsichtsratsposten bekleidet und außerdem Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank ist. Von den meisten Handelsblättern wird bei der Veröffentlichung der Aufsichtsratsstatistik immer wieder die Mahnung ausgesprochen nicht auf eine einzelne Person zu viele Aufsichtsratsposten zu laden, weil durch die Häufung die Ausübung einer wirklichen Aufsichtsratsstätigkeit unmöglich ist. Dieser Ratschlag geht von der Annahme aus, daß die Aufsichtsräte berufen werden, um die ihnen vom Gesetz vorgeschriebene Aufsichtsratsstätigkeit auszuüben, nämlich die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen und sich zu diesem Zweck von dem Gang der Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten. Daß diese Kontrolltätigkeit von einem 56fachen Aufsichtsrat, der außerdem noch bedeutenden Unternehmungen vorsteht, nicht geleistet werden kann, bedarf keiner besondern Beweisführung. Selbst dem Mitglied des Aufsichtsrats einer einzigen großen Gesellschaft wird es in der Regel unmöglich sein eine ernste und wirksame Kontrolle des vermeintlich seiner Aufsicht unterstellten Betriebs zu üben. Die Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt auch nach ganz anderen Gesichtspunkten, Großaktionäre und andere Interessenten werden hineingenommen, sodann spielt die Gewinnung von Beziehungen eine große Rolle; daß die Vertreter der Banken dabei in dem Vordergrund stehen, versteht sich am Ende von selbst. Und gerade deshalb wird auch an der Institution des Aufsichtsrats in den Aktiengesellschaften festgehalten werden. Es erübrigt sich etwa gesetzliche Vorschriften zu verlangen, um die Zahl der Aufsichtsratsposten in einer Hand zu beschränken; damit wäre für die Schaffung einer wirklichen Kontrollorganisation innerhalb der Aktiengesellschaften doch nichts gewonnen.

Aber es ist keineswegs technisch unmöglich eine ernste und wirksame Kontrolle der Aktiengesellschaften zu schaf-

fen. Eine brauchbare Handhabe zur Herbeiführung einer systematischen Aufsicht der Aktienbetriebe ließe sich durch die Vorschrift der Pflicht für Aktiengesellschaften erzielen ihre Bücher und Betriebe durch unabhängige Revisionsgesellschaften regelmäßig prüfen zu lassen. Die Revisoren müßten vom Vorstand der zu revidierenden Aktiengesellschaft völlig unabhängig sein, sie hätten ihre Berichte nicht nur den Vertretungen der Gesellschaften sondern auch einem neu zu errichtenden Amt für Aktiengesellschaften zu unterbreiten. Da ein großer Teil unseres wirtschaftlichen Lebens heute im Bannkreis der Aktiengesellschaften steht, wäre damit die Basis für die wirtschaftliche Durchleuchtung geschaffen, auf die fernerhin nicht mehr verzichtet werden kann.

Aktienbetriebe: In der Generalversammlung der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken erklärte die Verwaltung in Ergänzung ihres Geschäftsberichts, daß der Umsatz im vergangenen Jahr das 10- bis 12-fache des höchsten in einem Friedensjahr erzielten Umsatzes erreicht habe. »Unter außergewöhnlichen Schwierigkeiten mußten Bauten ausgeführt werden, die erst die Gesellschaft in den Stand setzten die erforderliche Produktion zu erreichen. Dabei mußte unter teuren Verhältnissen der Grundstücksbesitz erweitert werden. Die Baukosten gestalteten sich so hoch wie man sie niemals in der Kalkulation vorhergesehen hätte. Es mußten horrende Überpreise bezahlt werden. Die Rohstoffe sind teurer geworden, und die Löhne mußten erheblich erhöht werden. Die Einhaltung einer soliden Wirtschaft erforderte unter diesen Umständen Abschreibungen ganz ungewöhnlicher Art. Man würde das Bild der Wirklichkeit fälschen, wenn man diese Rückstellungen nicht vornehmen würde. Im neuen Jahre werden noch viel größere Abschreibungen notwendig werden; denn es mußten noch größere Bauten neu ausgeführt werden und alle Kräfte angespannt werden zur Erfüllung des Hindenburgprogramms.« So oder ähnlich können sehr viele Aktienbetriebe gleichfalls berichten. Sie haben es zum großen Teil auch getan. Daß aus den Gewinnen der Kriegskonjunktur, wie sie nun einmal besteht, große Abschreibungen und Rückstellungen aller Art vorgenommen werden, entspricht den Forderungen einer vorsichtigen Geschäftsführung, der in der Beschränkung der Gewinnausschüttung im

Interesse der Stärkung unserer Volkswirtschaft jedwede Unterstützung zuteil werden sollte. In dem Bericht der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken (und der meisten anderen Gesellschaften) bleibt nur unbetont, daß außer den offen ausgewiesenen oder einigermaßen erkennbar angedeuteten Abschreibungen in einem vielleicht noch größeren Maß stille Reserven geschaffen werden. Auch dieses Verfahren ist bei den überreichen Kriegsgewinnen zahlreicher Aktiengesellschaften üppig gediehen. In sehr vielen Fällen waren die stillen Reserven schon so überreich dotiert, daß man zur Ausschüttung von Sonderdividenden und zur Ausgabe von Gratisaktien schritt, um die quellenden Gewinne zu bergen. Im Kern ist das Prinzip der stillen Reserven nicht zu verwerfen; es hat sich in Deutschland als durchaus vorteilhaft erwiesen, daß unsere Aktienbetriebe bei steigender Rentabilität für die innere Kräftigung der Betriebe zu sorgen nicht unterlassen haben. Von den Aktionären wird natürlich eine möglichst hohe Gewinnquote verlangt, und die Verwaltung beschreitet nicht zuletzt gerade deshalb den Weg der Anhäufung stiller Reserven, um solchen Forderungen nach gesteigerten Dividenden zu entgegenen. Nun sind die Aktiengesellschaften den Gewinnansprüchen ihrer Aktionäre auch in der Kriegszeit wirklich gerecht geworden. Eine sachliche Abwägung der Interessen muß zu dem Entschluß führen aus ungewöhnlichem Konjunkturgewinn verhältnismäßig hohe Teile für spätere Zeiten, deren wirtschaftliches Gepräge sich heute noch nicht übersehen läßt, zurückzubehalten.

Allerdings ist ein Gegengewicht notwendig, wenn man das System der stillen Reserven vertritt und praktiziert: die Kontrolle der Gesellschaften. Mißbrauch kann bei einer auf großen stillen Reserven fußenden Finanzgebarung, die der Willkür Tor und Tür öffnet, leichter einreißen als bei Zwang zum Haushalten. Auch dadurch rechtfertigt sich die Forderung einer regelmäßigen Prüfung der Geschäftsführung durch völlig unabhängige Revisionsgesellschaften.

Kriegspublikationen

Was Mitteleuropa an wirtschaftlichen Leistungen und Möglichkeiten aufzubringen vermag, durch naturwissenschaftliche und, soweit möglich, statistische Bestandsaufnahmen zu erfassen: diese Aufgabe stellen sich die Arbeiten der von dem Professor an der Berliner Handelshochschule A. Binz herausgegebenen

Sammlung Die Rohstoffe des Wirtschaftsgebiets zwischen Nordsee und Persischem Golf /Braunschweig, Vieweg/. Der 1. Band, Die tierischen Rohstoffe und ihre Veredelung, umfaßt die Untersuchung des Professors G. Rörig über den Viehbestand jeder Art in Deutschland, Österreich, Ungarn, Belgien, Rußland, Serbien, Bulgarien und der Türkei. Daran schließt sich eine Abhandlung des Herausgebers über die Veredelung der tierischen Rohstoffe, ihre Verarbeitung für Nähr- und Heilzwecke, für die Bekleidungsindustrie und Ledererzeugung. Ein 2. Band, Waldbestände und Wasserkräfte, liegt gleichfalls bereits vor. Die Waldbestände Mitteleuropas behandelt der Professor an der Forstakademie Eberswalde A. Schwappach, ihre Bedeutung für chemische und verwandte Industriezweige der Herausgeber. Die Wasserkräfte werden von dem Landesgeologen an der preußischen Geologischen Landesanstalt A. Leppla untersucht, der seiner Darstellung auch 2 übersichtliche Karten beigegeben hat. Das verdienstvolle Unternehmen ist geeignet uns aus der schlagwortmäßig-nebelhaften Vorstellung eines Mitteleuropas in die ökonomische Wirklichkeit zu versetzen. Solche Untersuchungen können einem werdenden Wirtschaftsimperium (das hier allerdings nicht weit genug gefaßt ist, da es den zurzeit uns feindlichen Teil des kontinentalen Europas noch nicht einbegreift) überaus wertvolle Vorarbeit leisten.

Kurze Chronik Die rheinisch-westfälische Industrie hat zwei ihrer hervorragenden Vertreter durch den Tod verloren. Am 7. April starb Heinrich Lueg im Alter von 77 Jahren. Er gründete im Jahr 1873 im Verein mit Louis und Franz Haniel die Maschinenfabrik Haniel & Lueg, die sich zu einem sehr bedeutenden Werk entwickelte. In den größeren Wirtschaftsverbänden von Rheinland-Westfalen nahm Lueg eine führende Stellung ein. ◊ Am 10. April ist im Alter von 62 Jahren der Generaldirektor des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation Fritz Baare gestorben. Baare war in der Leitung des Unternehmens der Nachfolger seines Vaters, Louis Baare, unter dessen Führung der Bochumer Verein 1854 gegründet wurde. ◊ In Deutschland sind nach einer amtlichen Bekanntmachung bis jetzt in 130 Fällen britische Unternehmungen und Grundstücke zur Zwangs-

liquidation gelangt. In England dürften in der gleichen Zeit mehr als 470 Zwangsliquidationen deutscher Vermögen vorgenommen worden sein. ◊ Die verschiedenen Zweige in der deutschen Werkzeugindustrie haben sich zu einer Reihe von Vereinigungen zusammengeschlossen. Diese sind bereits wiederum in dem Werkzeug- und Stahlkontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Remscheid, vereinigt, das seinerseits den Einkauf des Rohmaterials, insbesondere der Stahlmengen und die Zuweisung auf die einzelnen Vereinigungen vornimmt. ◊ Die schwedischen, dänischen und norwegischen Schiffsreedereien haben im Geschäftsjahr 1916, wie die vorliegenden Abschlüsse ergeben, meistens wieder Riesengewinne gehabt und zum Teil bei hohen Abschreibungen bis zu 300 % Dividende verteilt. Alle Jahresgewinne aber werden von der Dividendenhöhe der Klosterreederei in Stavanger in Norwegen übertroffen, die 1800 % Dividende ausgeschüttet hat. Ein Teil des Gewinns stammt aus der Vermittlung von Schiffsbauten für amerikanische Rechnung. ◊ Nach Mitteilungen des Handelsministers der Vereinigten Staaten sind von Juli 1914 bis zum 28. Februar 1917 insgesamt 204 fremde Schiffe mit einem Tonnengehalt von 664 925 Tonnen der amerikanischen Schifffahrt einverleibt worden. Darunter befinden sich 6 belgische mit 10 549 Tonnen, 111 englische mit 357 669, 6 niederländische mit 26 724, 2 französische mit 6427, 32 deutsche mit 155 941 Tonnen. Amerika hat 201 Schiffe nach dem Ausland verkauft. Trotzdem ist die Handelsflotte der Vereinigten Staaten noch um 351 114 Tonnen gewachsen. Der Export der Vereinigten Staaten hat in dem Rechnungsjahr, das am 30. April 1917 abließ, mehr als 6 Milliarden Dollar betragen, gegen 4 Milliarden Dollar im Jahr 1915-1916 und 2,5 Milliarden Dollar im Jahr 1914-1915.

Literatur Die öffentliche Bewirtschaftung der Getreide- und Mehlversorgung wird auf alle Fälle noch geraume Zeit nach dem Friedensschluß beibehalten werden müssen, mag nun ein dauerndes staatliches Getreidemonopol in Deutschland kommen oder nicht. In Voraussicht dieser Entwicklung haben die Getreidehändler eine Bewegung ins Leben gerufen, die von den verschiedensten Händlerorganisationen unterstützt wird, und die sich gegen alle Monopolabsichten des Staates richtet. Bei den großen Interessen, um

die es sich hier handelt, wird man den Fragen des Getreidehandels jedenfalls besondere Aufmerksamkeit entgegenzubringen haben. Daher dürfte das Buch Otto Jöhlingers *Die Praxis des Getreidegeschäfts* /Berlin, J. Springer/, das, unter Mitarbeit Erich Ewers, unlängst in 2., verbesserter Auflage erschienen, auch weiteren Kreisen willkommen sein. Es führt in die Zusammenhänge und die Technik des Gegenstandes ein und ist, was es sein will: ein Hand- und Lehrbuch für den Getreidehandel.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Max Nachmansohn

Brentano † In Franz Brentano, der in Zürich am 17. März in seinem 80. Lebensjahr gestorben ist (siehe die Rundschau Philosophie, 1917 I, Seite 438), verliert die Wissenschaft eine hervorragende Persönlichkeit, deren Leistungen auf die Entwicklung der Psychologie und Philosophie befruchtend gewirkt haben. Die Phänomenologie Husserls und die Gegenstandstheorie Meinongs, um nur zwei bedeutende Erscheinungen zu nennen, sind nur als Weiterbildungen der psychologischen Forschungen und Methoden Brentanos zu verstehen. Allerdings wirkte er mehr anregend als ausführend. Brentano vertrat als einer der ersten die Forderung, daß die Psychologie rein deskriptiv vorzugehen und sich auf die genaue Analyse der durch die Erfahrung gegebenen psychischen Phänomene zu beschränken habe, und er hat damit der unfruchtbaren Hypothesenbildung der frühern Psychologie ein Ende gemacht. Die Menschen sollten erst lernen die psychischen Gegebenheiten genau zu erfassen, bevor sie an deren Erklärung herangingen. Allerdings ging Brentano so weit die Tätigkeit des Erklärens aus dem psychologischen Arbeitsbereich überhaupt auszuschalten. Hätte diese seine Ansicht sich durchgesetzt, so hätte das zu einer Stagnation geführt. In seinen Untersuchungen über das Wesen des Psychischen entwickelte Brentano die fruchtbare Lehre von der intentionalen Natur der psychischen Phänomene. Es ist für das psychische Phänomen charakteristisch, daß es sich stets auf etwas bezieht, oder richtiger die psychischen Phänomene enthalten ihren Gegenstand intentional, wobei der wieder so folgenreiche Unterschied zwischen psychischem Akt und psychischem Inhalt gemacht werden muß. Ganz originell ist auch

Brentanos Klassifikation der psychischen Phänomene, die er in Vorstellungen, Urteile und Gemütsbewegungen, zu denen er Willens- und Gefühlsphänomene rechnet, einteilt. Diese Einteilung hat begreiflicherweise viel Widerspruch gefunden, da sie die Empfindung als psychisches Element nicht berücksichtigte, die bisherige Urteilslehre unwarf und zwischen Wille und Gefühl keine genügende Trennung machte. Und doch hat sie vom Standpunkt einer rein deskriptiven Psychologie insofern große Berechtigung, als sie die Empfindungen als Klasse psychischer Phänomene nicht anerkennen will. Man mache sich klar, daß die reine Empfindung ein Abstraktionsprodukt ist und in der Erfahrung niemals gegeben ist, und daß die Lehre vom Verschmelzen verschiedener Empfindungen zu Vorstellungen sich immer mehr als unhaltbar erweist. Es war ein kühner Schritt die Empfindungen bei der Klassifikation der psychischen Grundphänomene auszulassen. Als unhaltbar hat sich dagegen Brentanos Lehre von den Gemütsbewegungen erwiesen. Seine Urteilslehre, die wohl die umfangreichste Diskussion zur Folge hatte, muß in dieser Rundschau übergangen werden; sie führt zu sehr in das rein logische Gebiet. Zu erwähnen ist noch seine Lehre von der Evidenz der psychischen Phänomene, die er sehr ausführlich zu begründen sucht, ohne daß ihm dies gelingen sein dürfte. Auch diese Auffassung rief eine reiche Diskussion hervor, die noch jetzt anhält. Man wird sie aber meines Erachtens völlig ablehnen müssen.

Liest man die wenigen Schriften Brentanos, so gewinnt man den Eindruck einer großen, ringenden, selbständigen Persönlichkeit. Diese Eigenart gibt sich auch in seinem äußern Lebensgang kund.

Jugendpsychologie

»Psychographische Beiträge zur Psychologie und Ethik des Kindes« will O s w a i d

P a b k ö n i g in seiner interessanten Sammlung Kindesseelen aus Kindermund /Leipzig, Siegmund & Volkening/ geben. Diese kindlichen Äußerungen lassen leider oft die kindliche Offenheit vermissen, wie es bei solchen ad hoc gestellten Aufsätzen meist der Fall ist. Gleichwohl liest man sie gern, und man gewinnt das Bewußtsein einen Einblick in das kindliche Gemüt erhalten zu haben, ohne daß gerade eine abstrakt wissenschaftliche Fassung der Ergebnisse auf Grund des vorliegenden Materials möglich wäre. Am deutlichsten

dürfte aus den Äußerungen das Verhältnis des Kindes zur körperlichen Züchtigung hervorgehen, die von gesunden Kindern mit ziemlichem Gleichmut, ohne wesentliche seelische Erschütterungen hingenommen wird. Müttern und Volksschullehrern, die ein natürliches, naives psychologisches Interesse für das kindliche Seelenleben haben, ist das Buch warm zu empfehlen. Die Oberlehrer sind ja im allgemeinen jedes psychologischen Interesses bar.

Das sittliche Urteil der Jugend will H e r m a n n R o t h aus einer Sammlung von Schülerantworten feststellen /Leipzig, Robert Noske/. Er hat das Verdienst überhaupt einmal die Untersuchung dieser schwierigen Fragen experimentell in Angriff genommen zu haben. Im übrigen läßt sich aber von seinem Büchlein nur das Gute sagen, daß manche Antworten der Schüler recht interessant sind, auch einen gewissen Einblick in das kindliche Seelenleben gestatten. Dagegen mangeln der Arbeit eine kritische Verarbeitung des Materials und eine genügend fundierte Auffassung vom Wesen des Ethischen. Bei der Verarbeitung ist mehr die endgültig erteilte Antwort als deren Begründung berücksichtigt worden; doch nur auf diese kann es ja bei einer ethischen Untersuchung ankommen. Die Stellungnahme zum Beispiel zur kleinen Erzählung, mittels deren der Sinn für Kameradschaftlichkeit geprüft werden sollte, konnte je nach der Begründung bejahend und verneinend sein, ohne daß weder durch das eine noch durch das andere etwas über die Ethik des Knaben ausgemacht werden könnte. Trotzdem wurde nur die bejahende Stellungnahme im positiv ethischen Sinn verwertet. Auffallend ist auch die mangelnde Berücksichtigung der Fehlerquellen, die kritiklose Hinnahme der Schülerantworten. Trotzdem kann der Erzieher, der aufmerksam die Protokolle der Schüler durchliest, manches über die Entwicklung der Ethizität des Kindes lernen, nicht zuletzt die Bedeutung der Pubertätszeit für die Entwicklung der Nächstenliebe und des Sinnes für Heldentum; eine Beobachtung, die auch von anderen Forschern, zum Beispiel von Krafft-Ebing und Starbuck, gemacht worden ist.

Sexualpädagogik

Die Aufgaben der Sexualpädagogik behandelt ein Bericht über die Verhandlungen einer Gruppe von Fachvertretern, den H. E. Timerding herausgegeben hat /Leipzig, Teubner/. Aus-

gehend von einem von Freiherrn von Bissing an das Herrenhaus gerichteten Antrag, der sich mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der sexuellen Mißstände im Heer beschäftigt, gelangen die Teilnehmer nach einer ausgiebigen sexualpädagogischen Diskussion, die, was sich bei dem Stand und der Stellung der Teilnehmer (es sind fast durchweg Geheime, Professoren und Schuldirektoren) fast von selbst versteht, eine fast unglaubliche Naivität und Unkenntnis der jugendlichen Seele verrät, zur Ansicht, die Schüler sollen an Pflanzen und niederen Tieren durch »Analogieschlüsse« (!) das Wesen der menschlichen Fortpflanzung kennen lernen (beileibe aber nicht an Hunden oder Katzen). Als ob die intellektuelle Kenntnis der Tatsachen jemals von geschlechtlicher Ausschweifung abgehalten hätte, und als ob durch die doch immerhin sehr vagen »Analogieschlüsse« die Phantasie der armen Schüler nicht in der eigentümlichsten Weise angeregt werden könnte. Ob dieser biologische Unterricht getrieben wird oder nicht, hat mit der Sexualpädagogik nichts zu tun. Diese halben Maßnahmen können eher schaden als nützen. Meiner Meinung nach sollte die öffentliche Schule, da sie ohnehin nur einen geringen Teil des Lebens der Schüler überwachen kann, diese Dinge dem Elternhaus überlassen; sie eignen sich auch schlecht zur gemeinsamen Behandlung und erfordern ein Taktgefühl, das nicht von jedem Durchschnittslehrer erwartet werden kann. Völlig unverständlich ist es, welche sexualpädagogische Bedeutung es haben sollte, daß von jetzt ab die Mediziner in der Staatsprüfung in Haut- und Geschlechtskrankheiten von einem Dermatologen und nicht mehr von einem innern Mediziner geprüft werden sollen. Es ist das lediglich eine Frage der medizinischen Ausbildung. Auch von den übrigen Beschlüssen: 1. die abgehenden Schüler in einer »zu Herzen gehenden« Darlegung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten aufzuklären, 2. sexualpädagogische Kurse für Lehrer und Schulleiter, 3. sexualpädagogische Kurse für Studierende einzurichten, verspreche ich mir nicht viel, wenn sie auch nicht direkt schädlich sein dürften. Köstlich liest es sich, wenn ausdrücklich betont wird, in den Kursen für Erwachsene dürfen die Dinge beim rechten Namen genannt werden.

Auf dem selben Niveau sexualpädagogischen Verständnisses steht die Schrift Heinrich Schnells Als sie man-

bar wurden, mit dem bezeichnenden Untertitel Offene Worte über das geschlechtliche Problem des gebildeten Jungmanns /Kassel, Furcheverlag/. Wer ein Büchlein lesen will, das so ganz und gar im Geist eines echten und rechten Paukers geschrieben ist, nehme die Schrift zur Hand; manche Schulerinnerungen werden wach werden. Diese Publikation ist jedenfalls nicht gleichwertig mancher andern des Furcheverlags, über die hier an anderer Stelle berichtet werden konnte.

Kriegspublikationen Die Kriegsbriefe deutscher Studenten, herausgegeben von Philipp Witkop

/Gotha, Perthes/, lassen uns ahnen, was in der jugendlichen Intelligenz Deutschlands an seelischem Erleben vorgeht. Aus dem einen Brief spricht der sinnende, grübelnde junge Mensch, dem der Krieg neue, große Probleme eröffnet, aus dem andern vernimmt man die Stimme eines energischen Draufgängers, der sich naiv der Siege freut und im »Feste druff!« das Symbol seines jetzigen Lebens sieht. Was menschlich am ergreifendsten wirkt, ist der zutage tretende innere Kampf zwischen natürlichem menschlichen Egoismus und der Hingabe an die Allgemeinheit. »Und dann tat Channah eine Frage, die mich tief berührte: »Ja, weint denn Ihre Mutter nicht immer?« Ich sagte ihr: »Deutsche Mütter sind stolz darauf, daß ihre Söhne im Felde sind«, fühlte aber zugleich, daß dieser Heroismus hier gar keinen Sinn hatte. Diese Menschen sahen im Krieg nur das Entsetzliche, Furchtbare. Alles andere war ihnen leere Abstraktion. »Sie weint doch«, sagte Channah, »sie weint doch.« Und ich glaube, daß sie mehr recht hat als ich, als wir alle mit unserm großen Stolz auf unsere Taten und Vaterlandsliebe. Denn über all den großen Völkerbewegungen steht doch als Einziges und Letztes das einfache einzelne Dasein als Mensch, als Vater, als Mutter, Mann oder Sohn. . . Ich weiß nicht, ob ein preussischer Offizier das schreiben sollte. Aber oft fühlt man das so.« Der Verfasser dieses wunderbar schlichten Briefes heißt W. Harich. Das sympathische Buch Wilhelm Wächters Lala: Aus dem Seelenleben einer deutschen Frau und Mutter in den Kriegsjahren 1914-1915 /München, Birk/schildert in schlichter, oft allerdings etwas manierierter Weise die Empfindungen einer lieben, guten Frau, die ihren einzigen Sohn, einen jungen kräftigen und vielversprechenden Künstler,

ins Feld ziehen läßt, wo er schon nach ein paar Monaten den Tod erleidet. Alles andere als eine spartanische *Helldenmutter*, die es als eine besondere Gnade ansieht ihr Liebstes und Teuerstes auf dem Altar des Vaterlandes opfern zu dürfen, tritt uns entgegen. Nein, eine echte, tiefe, unreflektierte Mutterliebe und ein liebenswerter mütterlicher Egoismus. Schlichte, gesunde Kost in einer Zeit eines, an sich verständlichen Überschwangs. Künstlerisch allerdings darf man das Werkchen nicht zu hoch werten wollen. Dazu haftet dem Buch zu viel *Erdgeruch* in der Art Gustav Frenssens an.

Kurze Chronik Im Oktober 1916 ist der Nervenarzt Hans Kurella in seinem 59. Lebensjahr gestorben. Er besaß einen feinen psychologischen Blick und war von starker Empfänglichkeit für künstlerische Phänomene. Das bewies er vor allem durch seine Übersetzung Strindbergs und anderer. Sein Hauptinteresse wandte sich den Problemen des Verbrechertums und der Genialität zu, die er in feingeistiger, wenn auch nicht streng wissenschaftlicher Weise behandelte. \diamond Am 1. Mai ist in Warschau Julian Ochorowicz im Alter von 67 Jahren gestorben. Sein eigentliches Arbeitsgebiet war die Psychologie. Doch erstreckte sich sein vielseitiges Schaffen auch auf die mannigfachen Gebiete der Naturwissenschaften, der Medizin und der Philosophie; selbst in der Elektrotechnik hat er Hervorragendes geleistet (er hat ein Telephon erfunden). Seine Hauptwerke sind: *Geist und Gehirn* /1872/, *Über die Bildung des eigenen Charakters* /1873/, *Bedingungen des Bewußtwerdens* /1874/, *Die Erscheinungen des doppelten Bewußtseins im Geistesleben des Menschen* /1877/, *Die unbewußten Traditionen der Menschheit* /1898/, *Psychologie und Medizin* und seine letzte Arbeit *Die Anfangsgrundsätze der Psychologie*. \diamond Eine Arbeitsgemeinschaft für die Psychologie der Berufseignung und Berufsberatung ist in Hamburg gegründet worden (siehe auch diese Rundschau, 1917 I, Seite 158). In ihr treten Psychologen, Pädagogen und Vertreter der Berufe zusammen, um einerseits die Aufstellung psychologischer Anforderungslisten der Berufe herbeizuführen, andererseits psychologische Personalbogen für die Schulen zur berufpsychologischen Diagnose der Jugendlichen auszuarbeiten. \diamond An der Handelshochschule zu Mannheim soll

mit Hilfe einer privaten Stiftung eine *Wundtprofessur* errichtet werden. Sie soll hauptsächlich der Wirtschafts- und Jugendpsychologie dienen.

Literatur Fritz Giese gibt eine neue Zeitschrift *Deutsche Psychologie* heraus; sie erscheint im Verlag von Wendt & Klawell in Langensalza. \diamond Vom Schaltwerk der Gedanken nennt Carl Ludwig Schleich sein neuestes Buch, das aus einer Reihe von Aufsätzen besteht /Berlin, S. Fischer/. Er vertritt darin einen »idealistischen Mechanismus« und will »die Sünden seines Standes«, der dem Materialismus diene, sühnen. Man kann dem Verfasser, der auch in diesem Buch sich als origineller Geist zeigt, manche tieferen psychologischen Einsichten nicht absprechen. Seine Auffassung vom Wesen der psychologischen Selbstbeobachtung (ohne daß man seine Theorie über das physiologisch-anatomische Korrelat, die er in Form einer empirischen Tatsache vorbringt, allzu ernst zu nehmen braucht), seine Bemerkungen über das Wesen des Genies und der Kunst verdienen gewiß Beachtung. Wer aber Sauberkeit der Begriffsbildung, Vorsicht im Verallgemeinern einzelner Funde usw. verlangt, dem muß die Lektüre zur Qual werden. Man kann die oft sehr interessanten Ausführungen nicht ohne das Bewußtsein lesen einen klugen und geschickten Autor vor sich zu haben, der seinen metaphysischen Gefühls-ergüssen freien Lauf läßt und das überschwengliche Gefühl hat »von einem Hochplateau ins Tal« zu schauen. Dabei ist aber sein Spiritualismus (von ihm fälschlich Idealismus genannt) überaus widerspruchsvoll, mit Materialismus durchsetzt.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

von Philippovich \uparrow Eugen von Philippovich, der Wiener Nationalökonom, unter den neueren einer der bedeutendsten Vertreter des Fachs, ist am 4. Juni im Alter von 60 Jahren gestorben. Vor allem hat sein in 3 Bänden abgeschlossenes Lehrbuch der Volkswirtschaft, eine große Fülle des Stoffs in klarer Darstellung meisterhaft, seinen Namen weithin bekannt gemacht. Der 1., die allgemeine Volkswirtschaft behandelnde Teil des Werkes, der eine Mittelstellung zwischen der in Österreich dominierenden Grenznutztheorie und der historisch-ökonomischen Rich-

tung einnimmt, und der von ihm in seiner Freiburger Dozentenzeit ausgearbeitet wurde, erschien bereits im Jahr 1893. Seine ersten Veröffentlichungen waren eine Studie über die Bank von England /1885/ und über Aufgabe und Methode der politischen Ökonomie /1886/, dem einige Jahre später die vielgelesene kleine Schrift *Wirtschaftlicher Fortschritt und Kulturentwicklung* folgte. Seit 1893 wirkte Philippovich mit Erfolg und Einfluß an der Wiener Universität. Seine Richtung war freiheitlich. Nachrufe solcher, die ihn näher kennen, heben hervor, daß er für ein gegenseitiges Verständnis des bürgerlichen Liberalismus und der sozialistischen Parteien viel geleistet habe. Er sei den Regierenden »ein unbequemer Mahner, von einer ungewöhnlich starren Rechtlichkeit und Unbeugsamkeit« gewesen und habe, um seine Unabhängigkeit zu wahren, keine äußeren Ehren angestrebt. Auch trat er seit jeher für eine wirtschaftliche Annäherung Österreichs und Deutschlands ein, und er hat sich an der Diskussion der jetzt aktuellen Frage auch in der Kriegszeit noch beteiligt.

Wirtschaftsstufen

Unter dem Titel *Die Anfänge des modernen Kapitalismus* /München, Akademie der Wissenschaften/ hat Lujo Brentano einen Studienband herausgegeben, der reiches Material aus der frühmittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte zusammenträgt und kritische Auseinandersetzungen mit Sombart und mit Max Webers Arbeiten über die Rolle des Puritanismus in der Entwicklung des englischen Frühkapitalismus (im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik) hinzufügt. Die Einwürfe gegen Sombarts Hauptwerk *Der moderne Kapitalismus* /München, Duncker & Humblot/, das jetzt zum größten Teil bereits in neuer, vollkommen umgearbeiteter Auflage vorliegt, erscheinen wenig zwingend. Denn wenn dieser in seiner Darstellung des mittelalterlichen Handels die Kleinheit der damaligen Umsätze hervorhebt und von seinem vorwiegend handwerksmäßigen, auf die Herauswirtschaftung des zum Unterhalt Notwendigen gerichteten Artcharakter spricht, betont er auf der andern Seite ebenso entschieden die Existenz eines von reichen Städten mit reichen Mitteln ausgeübten Gelegenheitshandels, der im Gegensatz zu jenem eine wirkliche Rolle in der Anhäufung von Kapitalmengen gespielt habe. Die Tatsachen aus der italienischen

Frühepoche, die Brentano gegen Sombart ins Feld führt, um den kapitalistischen Charakter des damaligen Handels zu erweisen, müßten jedenfalls noch genauer auf ihr Gewicht wie daraußin geprüft werden, ob sie nicht ins Bereich jenes Gelegenheitshandels fallen, den Sombart selbst bei seiner Schilderung in Rechnung stellt. Auch die Polemik gegen das, was Sombart in seinem Buch den »kapitalistischen Geist« nennt, überzeugt nicht. Wenn jener die kapitalistische Unternehmung als eine Wirtschaftsform definiert, »deren Zweck es ist ein Sachvermögen durch eine Summe von Vertragsabschlüssen über geldwerte Leistungen und Gegenleistungen zu verwerten«, als eine Form, die sich durch eine gewisse Ablösung von dem unmittelbaren Lebensunterhalts- und Genußzweck, durch eine Ausdehnung des Erwerbswillens über die ihm im Handwerk gesetzten Schranken charakterisiert, so konstatiert er damit doch ein zweifellos vorhandenes Faktum. Es ist der nämliche Gedanke, den Marx im Kapital mit den Worten ausdrückt: »Der Gebrauchswert ist nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln. Auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens. Dieser absolute Bereicherungstrieb, diese leidenschaftliche Jagd auf den Wert ist dem Kapitalisten mit dem Schatzbildner gemein.« Gewiß, das Machtstreben über bloßen Genuß hinaus erscheint zugleich als ein in der menschlichen Natur ganz allgemein begründetes Moment, das sich dementsprechend in verschiedenen Formen auf den verschiedensten Stufen gesellschaftlicher Entwicklung äußert. Und gewiß schließt es von vornherein nicht nur das Herrscherstreben über Menschen sondern ebenso auch über Güter in sich; so in der feudalen Wirtschaftsordnung das Streben nach grenzenlos erweitertem Grundbesitz. Aber solche Selbstverständlichkeiten, auf die Brentanos Polemik zurückgreift, beweisen doch nichts gegen das Recht von einem besonders kapitalistischen Geist zu sprechen. Mag der Bereicherungstrieb des Kapitalisten eine Erscheinung des in den verschiedensten historischen Epochen sich ausprägenden Machtstrebens sein, darum bleibt er doch eine spezifisch unterschiedene Erscheinungsform dieses Strebens, die als psychologische Massenerscheinung an das Auftreten besonderer ökonomischer Bedingungen gebunden ist;

eine Erscheinungsform, die sich (im Gegensatz zu dem feudalen Machtstreben) in berufsmäßig ausgeübter, zum Zweck schrankenlosen Gelderwerbs ausgeübter Tätigkeit auslebt, in der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse ihren Anreiz und die Bedingungen ihres weiter forttreibenden Wirkens findet. So hat das Wort durchaus verständigen Sinn und drückt den Gegensatz des bourgeoisen Geistes zum adlig-feudalen, der nach dem von Marx zitierten Hegelwort auf das »Verzehren des Vorhandenen« gerichtet ist, in glücklich zugespitzter Pointierung aus.

Um so mehr wird man Brentano in seiner äußerst scharfen Kritik der teilweise ganz haltlosen Generalisationen beistimmen müssen, zu denen Sombart in seinem Buch *Die Juden und das Wirtschaftsleben* /München, Duncker & Humblot/, das den Kapitalismus aus dem Judentum womöglich völkerpsychologisch deduzieren möchte, sich verleiten ließ. Was endlich die sehr interessanten Ausführungen Max Webers über die Rolle anlangt, die eine calvinistisch-puritanische, die weltliche Berufs- und Erwerbstätigkeit zu einer Art von christlicher Bewährung stempelnde Denkart in der frühkapitalistischen Periode des englischen Wirtschaftslebens gespielt hat, so will Brentano ihnen eine nur lokal englische Geltung einräumen. In anderen Ländern, so in Italien, das im Mittelalter bereits eine stark kapitalistische Entwicklung zeigte, habe sich kapitalistischer Erwerbssinn in einem völlig andern, gänzlich unpuritanischen geistigen Milieu entfaltet, so daß von seinem allgemeinem Bedingthein durch das Puritanertum auch in der frühkapitalistischen Periode nicht gesprochen werden könne. Überdies, meint er, weise im allgemeinen die ganze puritanische Auffassung mehr Verwandtschaft mit dem Handwerkertum als mit den neu einsetzenden kapitalistischen Tendenzen auf.

Die wirtschaftshistorischen und kritischen Ausführungen Brentanos führen dann weiter auch auf theoretisches Gebiet, auf die Frage: wie man die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer allgemeinsten Stufenfolge zu begreifen habe. Doch seine Bemerkungen bleiben da hinter der von Karl Bücher in seinem Buch *Entstehung der Volkswirtschaft* /Tübingen, Laupp/ entworfenen Skizze weit zurück. Gegenüber solchen Angriffen, wie sie Joh. Plenge neuer-

dings in seiner Aufsatzserie *Grundlegung der vergleichenden Wirtschaftslehre* (in Brauns *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*) gegen die Bücherschen Formulierungen gerichtet hat (er behauptet, das Büchersche Entwicklungsschema der geschlossenen Hauswirtschaft, der Stadtwirtschaft und der (modernen) Volkswirtschaft finde sich bereits bei Schönberg), muß jedenfalls mit allem Nachdruck betont werden, daß Büchers Ausführung und Begründung jenes Schemas darum nicht weniger durchaus die Züge origineller Forschung trägt, und daß sein Entwurf bisher durch einen andern zusammenfassenden Versuch noch nicht überholt ist. Er mag bei seiner Konstruktion der Ausdehnung, die Warenhandel und Warenproduktion in früheren Wirtschaftsepochen schon besitzen, nicht genügend Rechnung getragen haben. Und sicher hat er auch darin gefehlt, daß er den grundlegenden Gedanken Marxens: die welthistorischen Wandlungen der ganzen Wirtschaftsweise in ihrem innern Zusammenhang und ihrer Beziehung zu den Wandlungen der gesellschaftlichen Produktionsweise zu erfassen, nicht klar und konsequent genug verfolgte. So, wenn er in der Länge des Weges, den das Produkt vom Produzenten zum Verbraucher durchläuft, ein Grund- und Hauptcharakteristikum sehen will, das die moderne Volkswirtschaft von der mittelalterlichen Stadtwirtschaft unterscheidet. Wo doch diesem Merkmal nur ganz sekundäre Bedeutung zukommt gegenüber dem von Marx hervorgehobenen Wesensunterschied: daß Warenproduktion dort vorerst nur sporadisch in handwerksmäßiger Betriebsform auftritt, während in der heutigen Gesellschaft Warenproduktion in ihrer weiter entwickelten Form als kapitalistische, auf Lohnarbeit basierte Warenproduktion die allgemeine Grundform des Produzierens überhaupt geworden ist. Aber immerhin zeichnet sich bei ihm deutlich der Gedanke ab, daß das Wort Volkswirtschaft, das in der Epoche vorwiegender Naturalwirtschaft nur als eine äußerlich zusammenfassende Bezeichnung für das Nebeneinander von größeren und kleineren, für den eigenen Bedarf produzierenden, relativ selbständigen Wirtschaftsverbänden innerhalb des Volkes (respektive des Stammes) gelten kann, zur Bezeichnung der modernen Wirtschaftsweise angewandt, einen völlig andern Sinn erhält; daß diese, die moderne Volkswirtschaft, im Gegensatz

zu dem, was man in früheren Zeiten mit dem gleichen Namen nennt, nicht als ein Nebeneinander gesonderter Wirtschaften existiert, sondern (nach Auflösung jener und Verwandlung der Produktion in Warenproduktion) von vornherein nur als ein gesellschaftlicher, alle Gesellschaftsglieder in sich einbeziehender Gesamtprozeß zu begreifen ist. Eben darum, in dieser ihrer Eigenschaft als ein gesellschaftlicher Gesamtprozeß verlangt ja auch die moderne Volkswirtschaft zu ihrem Verständnis nicht nur, wie die der früheren Epochen, historisch genetische Beschreibung und Erklärung, sondern eine methodisch theoretische Analyse, die die inneren Zusammenhänge und verborgenen Gesetze des ohne planmäßige gesellschaftliche Oberleitung sich ständig forterhaltenden Prozesses darlegt. Und jede tiefer schürfende historisch-wirtschaftliche Entwicklungstheorie wird bei ihren Betrachtungen daher letztlich den fundamentalen Gegensatz dieser vorläufig höchsten Entwicklungsstufe wirtschaftlichen Lebens zu den primären naturalwirtschaftlichen Stufen zum prinzipiellen Ausgangspunkt nehmen müssen. Das heißt, sie wird bei dem Versuch: näher zu charakterisierende Typenreihen aufzustellen, in denen sich das Wirtschaftsleben (und Hand in Hand damit zugleich die Produktionstechnik) historisch entfaltet hat, sich von der Frage leiten lassen, wie aus solchen Anfangsstadien schließlich eine solche Form der Volkswirtschaft, in der diese ein allumfassender gesellschaftlicher Gesamtprozeß ist, hat hervorgehen können. Eine Form, die zugleich früher gänzlich verschlossene Möglichkeiten wissenschaftlich rationaler, die Produktivkraft menschlicher Arbeit unermesslich steigender Technik bietet. Nur unter diesen Einheit gebenden Gesichtspunkt läßt die Geschichte der Volkswirtschaft sich wirklich als Entwicklung, das heißt als ein Aufstieg zu höheren Formen darstellen. Zu Formen, die nicht nur rein formell durch steigende Differenzierung und Integrierung sondern auch unter sehr realen Menschheitszwecken (Steigerung der Produktivkraft menschlicher Arbeit) als höhere erscheinen und Ausblicke auf weitere Umbildungen eröffnen, in denen die durch Steigerung der Produktivkraft gewonnenen Möglichkeiten reichlicherer Bedarfsdeckung und menschenwürdig freieren Lebens den großen Massen selber zugewendet werden können.

Wenn dieser große, hohe Standpunkt Marxschen Denkens in Anordnung und Gruppierung des Bücherschen Entwicklungsschemas hier und da wohl durchschaut, aber nicht einheitlich als Richtung gebendes Leitmotiv herausgearbeitet ist, tritt er bei Brentano dagegen vollständig zurück. Dieser Vorkämpfer der *historischen Schule*, der wie Schmoller und andere Koryphäen der selben Richtung die Klassiker der bürgerlichen Ökonomie, die Smith und Ricardo, mit Marx zusammen gern als unrealistische Konstrukteure abtut, erweist sich (wie danach zu erwarten war), wo er selbst ans Konstruieren geht, als völlig directionslos.

Fehlt ihm jedes Verhältnis zu Marx, so hätte man wenigstens erwarten dürfen, daß er sich mit dem Bücherschen Entwicklungsschema in kritisch-prinzipieller Weise auseinandersetze. Doch auch davon ist nicht die Rede. Glaubt er etwa mit seiner Lehre von den »Wirtschaftseinheiten«, von deren Untersuchung nach ihm jede wirtschaftsgeschichtliche Entwicklungsdoktrin ihren Ausgang nehmen muß, auf ein von Büchern übersehenes Moment hingewiesen zu haben? Ein solcher Anspruch wäre selbstverständlich völlig unbegründet. Denn daß die für den eigenen Bedarf produzierende Naturalwirtschaft nicht Wirtschaft einzelner, für ihren eigenen Bedarf produzierender Personen, sondern Wirtschaft von für den Verbandsbedarf produzierenden, einem größern Ganzen, dem Stamm oder Volk eingegliederten Verbänden ist, daß also in diesem Sinn Produktion auch auf den primitiven Stufen in gewisser Hinsicht immer schon gesellschaftliche Produktion, ein Füreinanderarbeiten ist, das wußte man schon stets. Soll der Name »Wirtschaftseinheit«, mit dem Brentano fortdauernd operiert, einen näher bestimmten wissenschaftlich brauchbaren Sinn erhalten, so hätten die Begriffsmerkmale, die eine »Wirtschaftseinheit« konstituieren, doch jedenfalls in ganz eindeutiger Weise fixiert werden müssen. Aber dieser »Einheit«, in der Brentano den Schlüssel zur Erkenntnis aller möglichen wirtschaftlichen Phänomene zu besitzen meint, fehlt solche Präzisierung. Sie wird jedenfalls im weiteren Verlauf zu einem völlig leeren Wort, in das eben darum alles, ohne auf Widerstand zu stoßen, einrangiert werden kann. Sicher kann in gewisser Hinsicht beispielsweise eine feudale Grundherr-

schaft eine wirtschaftliche Einheit genannt werden, aber ebenso doch auch jede der zu ihr gehörigen Dorf- und Markgenossenschaften und innerhalb dieser die einzelnen Bauernfamilien, die, an der Nutzung der gemeinsamen Markflur mitbeteiligt, wesentlich je für den eigenen Familienbedarf produzieren. Und schließlich verliert das Allerweltswort Wirtschaftseinheit so sehr jede festere Umgrenzung, daß es auf wirtschaftliche Organisationen, in denen von einer Produktion für den gemeinsamen Bedarf in keinem Sinn mehr die Rede ist, als Etikett geheftet wird. So genügt Brentano der Umstand, daß die Zunftordnungen mittelalterlicher Gilden einen gewissen solidarischen Zusammenhang der Gildeglieder bekunden, die im übrigen jeder für sich (und Familie) ihren Unterhalt aus der Erwerbsarbeit für ihre Kunden ziehen, um die Gilden selbst als Wirtschaftseinheiten anzusprechen und sie zu der feudalen Grundherrschaft, die als ein auf der Herrschaft des Grundherrn über fronpflichtige Hintersassen basiertes naturalwirtschaftliches Verbandsverhältnis einer ganz andersartigen Erscheinungreihe angehört, in eine künstliche Parallele zu stellen. Nicht mehr das Produzieren der Verbandsangehörigen für den Verbandsbedarf; jedes Solidaritätsverhältnis, das dem Verhalten der Verbandsglieder, das nach außen hin in dem Verkehr mit Verbandsfremden geschäftsmäßig egoistisch ist, im wechselseitigen Verkehr solidarische Pflichten der Hilfe und der Rücksichtnahme auferlegt, repräsentiert sich nun auf einmal als das Kriterium der »Wirtschaftseinheit«.

Eine ähnliche Unklarheit prägt sich in dem unkritischen Gebrauch des Wortes Kapitalismus aus. So wie Brentano es anwendet, verliert es gänzlich den scharfumrissenen Sinn, den Marx ihm durch Beziehung zur modernen, auf kapitalistischer Warenproduktion beruhenden Volkswirtschaft gegeben hat. Brentano sieht überall Kapitalismus, wo Geld in dem Verkehr der Gesellschaftsglieder überhaupt eine Rolle spielt und irgendwie von Geldbesitzern zum Zweck weitem Geldgewinns genutzt wird. Wo Handel zum Zweck von Geldgewinn getrieben wird, ja schon, wo man zur Kriegführung Geld braucht und Geldgewinn ein Beuteczweck der Kriegführung wird, spricht er <die Frage, welches denn der typische Artcharakter des Produzierens sei, einfach beiseite

schiebend> von kapitalistischer Wirtschaftsweise. Im übrigen wird der Leser mit der Erklärung abgespeist, daß in der modernen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, im Gegensatz zur feudalen, »statt des Landes das Geld die führende Rolle hat, und daß es [das Geld] hier das Hauptproduktionsmittel [!] geworden ist«.

Dieses Unvermögen sich in das Wesen dessen, was Marx gesellschaftliche Produktionsformen nennt, hineinzudenken, bekundet sich auch sehr charakteristisch in der Polemik gegen Sombarts Versuch den entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang zwischen der modernen, auf kapitalistischer Warenproduktion beruhenden und der mittelalterlichen Wirtschaftsordnung als einer, in der die heranwachsende Warenproduktion sich wesentlich noch in handwerksmäßigen Formen bewegt, des nähern darzulegen. Eine solche Gegenüberstellung und Unterscheidung der beiden Wirtschaftsordnungen nach diesem Unterscheidungsmerkmal soll »unlogisch« sein. Wenn heute die Herrschaft bei den Kapitalisten sei, so habe sie im Mittelalter bei den feudalen Grundherren gelegen. Man müsse also, wenn man die heutige Wirtschaftsordnung nach der in ihr dominierenden Klasse kapitalistisch nennt, die mittelalterliche nach der in dieser herrschenden Schicht eine feudal-grundherrliche nennen. Die Unlogik liegt, näher zusehen, indessen durchaus auf der andern Seite. Denn wenn der Grundcharakter moderner Volkswirtschaft in ihrer auf Lohnarbeit basierten kapitalistischen Warenproduktion gegeben ist, versteht es sich doch wohl von selbst, daß eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung, die das Hervorgehen der modernen aus der mittelalterlichen Wirtschaftsordnung darstellen und verfolgen will, zunächst einmal die in dem Rahmen jener bereits entwickelte Form der Warenproduktion, also die handwerksmäßige, entscheidend in den Vordergrund zu rücken hat. Das ist ein ganz notwendiges methodisches Verfahren, das, wie das Beispiel Sombarts, namentlich auch in der neuen Auflage des 1. Bandes, zeigt, eine gleichzeitige eingehende Berücksichtigung der Rolle, die die Grundherrschaft bei der Entwicklung kapitalistischen Produzierens spielt, in keiner Weise ausschließt. Ohne innere wirkliche Verarbeitung der Marxschen Gedankenkreise lassen sich so wenig Theorien der wirtschaftlichen

Entwicklung entwerfen wie die Versuche, die nach dieser Richtung hin gemacht sind, fruchtbar kritisieren.

Kriegspublikationen Das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik /Tübingen, Mohr/ hat seit

Beginn des Krieges eine Reihe von besonderen Kriegsheften herausgebracht, die ein allgemeineres Interesse beanspruchen dürfen. Nunmehr ist das 5. Heft mit einer Reihe gediegener fachwissenschaftlicher Abhandlungen erschienen. Franz Eulenburg liefert einen Aufsatz Zur Theorie der Kriegswirtschaft, J. Jastrow schreibt über Wirtschaft und Verwaltung nach dem Krieg, Siegfried Buff über die Wechselkurse im Krieg, Emil Schiff über staatliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft, Walther Federn über Österreich-Ungarns Geld- und Kreditwesen im Krieg.

Kurze Chronik Vom Kommerzienrat Berne (Breslau) ist den Fachkursen für Wirtschaft und

Verwaltung an der Universität Breslau ein Preis von 1000 Mark in 5prozentiger Reichsanleihe zur Verfügung gestellt worden. Das Thema, das der Leiter dieser Kurse für die Preisaufgabe gestellt hat, lautet: »Wahres und Falsches an der zurzeit häufig gebrauchten Redewendung »Das Geld bleibt im Lande.« Die Arbeiten sind bis zum 1. Januar 1918 an den Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in Breslau zu richten. Die Baseler Philosophische Fakultät hat von Freunden der Wissenschaft den Betrag von 1000 Franken erhalten und stellt dafür die Preisaufgabe: »Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.« Die Arbeiten sind bis zum 31. März 1918 einzureichen. \diamond Ein Kriegswirtschaftsmuseum wird in Leipzig eingerichtet. Man will darin die gesamte deutsche Volkswirtschaft während des Krieges in wissenschaftlicher Weise, aber gemeinverständlicher Form darstellen. \diamond Zum Studiendirektor der neuingerichteten Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold ist der bisherige Privatdozent an der Universität Göttingen Otto Schreiber ernannt worden. Schreiber stand als Hauptmann im Feld und wurde Anfang 1915 schwer verwundet, ist aber wiederhergestellt worden. \diamond Der Privatdozent der Nationalökonomie an der Berliner Universität Franz Oppenheimer ist zum Professor ernannt worden.

Literatur In 2. Auflage liegen nunmehr Heinrich Sieveking's Grundzüge der neuen Wirtschaftsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart von /Leipzig, Teubner/. Sie orientieren in gedrängter und gehaltvoller Übersicht auf etwa 100 Seiten über das weitgesteckte Thema. Der Arbeit wäre eine weite Verbreitung in allen ökonomisch-politisch interessierten Kreisen zu wünschen. Ein Drittel ist der Darstellung der merkantilistischen Politik in den wichtigsten Ländern zur Zeit des Frühkapitalismus gewidmet; ein weiteres Drittel handelt von den Grundlagen der freien Verkehrswirtschaft (darunter über Bauernbefreiung, Zolleinigung und Gewerbefreiheiten in Deutschland) wie von der Entfaltung des modernen Kapitalismus (Bank von England, Durchführung des Freihandels, die englische Kolonialpolitik, das neuere Protektionssystem); das letzte endlich über Sozialismus und Kapitalismus. Für Leser, die sich näher informieren wollen, sind in dankenswerter Weise kurze Hinweise auf einzelne Hauptwerke der einschlägigen Literatur eingeflochten. Das Werkchen bildet einen der Bände des von Alois Meister herausgegebenen Grundrisses der Geschichtswissenschaft.

KUNST

Musik / Friedrich Schwarz

Carreno † Mit Teresa Carreno ist die bedeutendste Pianistin unserer Zeit dahingegangen. Nicht einmal eine Sophie Menter, eine Essipow kam ihr an Tiefe, an hinreißender Gewalt des Ausdrucks gleich. Ihr Spiel war von edelster Begeisterung erfüllt, ihre Technik von königlicher Selbstverständlichkeit, ihr gedankliches Nachschaffen des Kunstwerks von zwingender Gewalt. Diese künstlerischen Eigenschaften in einer so elementaren Zusammenfassung sind bei Frauen äußerst selten. Carreno war von einer sonst männlich genannten Empfindungsweise, die sie befähigte auch den tiefsten Gehalt nicht leicht zugänglicher Werke voll auszuschöpfen. Ihr Spiel hatte federnde Schwungkraft, ihr Ton war von ganz eigenartiger Elastizität und Resonanz. Eine rassige Triebkraft, ein schier unverlöschbares Feuer loderte in dieser Amerikanerin spanischen Geblüts, die, am 22. Dezember 1853 zu Caracas in Venezuela als Tochter des Finanzministers geboren wurde und

schon in frühester Jugend alle Welt durch ihre außerordentliche Begabung in Erstaunen setzte. Den ersten Unterricht empfing sie vom Vater, sie studierte dann in New York bei Gottschalk, in Paris bei Matthias und Rubinstein. Ihre erste Ehe schloß sie mit dem Geiger Emil Sauret, ihr zweiter Mann war der Bariton Tagliapietro; eine dritte Ehe ging sie mit Eugen d'Albert ein, schließlich heiratete sie den Bruder ihres zweiten Gatten. Auch kompositorisch trat sie mit vielen Klavierstücken und einem Streichquartett hervor. Sie hat die venezolanische Nationalhymne komponiert. Es war das glanzvolle Leben der weltberühmten Künstlerin, das sie führte, ein Leben, das in glühendem Rausch von Erfolg zu Erfolg emporstieg. Nur wenigen ist in so überschwenglicher Weise gehuldigt worden. In Deutschland feierte sie ihre größten Triumphe, und Deutschland war es auch, wo sie festen Fuß faßte. Eine wahre Königin, residierte sie in ihrem Berliner Heim und kehrte nach den größten Konzertreisen stets wieder dahin zurück. Noch mitten im Krieg trat sie in Berlin auf. Im September des vorigen Jahres schiffte sie sich zum letztenmal nach Amerika ein. Nun ist sie plötzlich in New York, der Stätte ihrer ersten großen Erfolge, gestorben. Die Welt wurde um eine große Künstlerin ärmer, um eine geniale Nachschöpferin, die Tausende erhoben und begeistert hat.

Vierteltöne Das bichromatische Harmonium, das Willy Möllendorff konstruiert hat, bedeutet zweifellos einen Fortschritt in der Frage der Verwendung von Vierteltönen in der Musik. Die Versuche, die Möllendorff in einem Berliner Konzertsaal vorführte, zeigten, daß allerlei neuartige Reize die Verwendung der Vierteltöne in der Tat empfehlen. Bei schärferer Prüfung gewährte man freilich, daß das Ohr in seiner Gewöhnung an unsere chromatische Halbtonskala den Vierteltönen als Eindringling auffaßt und ihn nur in seiner Beziehung zur diatonischen Stufenleiter hört. Das wird sich nicht so leicht ändern, und es kann sehr lange Zeit vergehen, ehe das Ohr die Neigung empfindet den Viertelton nicht nur als einen Ausgleich, als Zwischenstufe in seiner gewohnten Tonreihe hinzunehmen sondern ihn auch als Grundlage neuer Skalakombinationen anzuerkennen. Möllendorff ist der Ansicht, daß unsere Halbtonleiter verbraucht sei. Er glaubt, die schöpferische Kraft habe deshalb

einen Stillstand erreicht, weil die abgenutzte und arg geschwächte Halbtonleiter keine neuen Melodien mehr hergeben wolle. Nun braucht man gar nicht zu leugnen, daß die moderne Musik an einer kritischen Wende steht, daß Einfallreicherum und urwüchsige Begabung stark zurückgegangen sind. Aber die Gründe sind wohl schwerlich in der erschöpften und ausgebeuteten Halbtonleiter zu suchen. Ist aber anzunehmen, daß uns das neue Heil von Möllendorffs Erfindung kommen wird? Man kann durch eine technische Erfindung die Musik nicht auf gesunde Beine stellen, auf denen sie dann schnurstracks nach dem Wunderland der Genies laufen soll. Das neue Harmonium wird gleichwohl anregen, das Ohr schärfen und manches Gute fördern. Ob es auch eine Grundlage für neue Ziele in der Komposition wird, bleibt der Zukunft überlassen.

Bleyle Der Münchener Tonsetzer Karl Bleyle ist aus verheißungsvollen Anfängen zur Meisterschaft herangereift. Ein Konzert, zum größten Teil seinen Werken gewidmet, legte in Berlin unlängst davon Zeugnis ab. Man hörte die Legende, ein Stück von edelster Schwermut in prächtig geschlossener Form; den Gnommentanz; den Flagellantenzug. Sodann die Ouvertüre zu Goethes Reineke Fuchs. Diese Ouvertüre ist das gelungenste Stück satirisch fruchtbarer Musik, das seit vielen Jahren in Deutschland geschaffen wurde. Sie ist von gründlicher Geschlossenheit, jeder einzelne Gedanke ist völlig ausgearbeitet, ohne daß dem Werk auf der andern Seite Humor, neckische Lebendigkeit, rhythmischen Temperament mangeln; ja, es ist eine Überfülle von Witz, Laune, Beweglichkeit darin. Das schnattert und gackert, miaut und brüllt; krächzt und flötet durch alle Instrumente, ohne daß es dabei etwa auf billige *Illustration* abgesehen wäre. Nur das scheinbare Durcheinander verschiedenster Sprachen ist es, das den Eindruck des Fabelmäßigen hervorruft. In der Instrumentation steht Bleyle keinem der gepriesensten neueren Orchester-techniker nach. Sein Flagellantenzug, sein Taucher (nach Schillers Ballade) sind Stücke, die neben anderen Vorzügen auch einen außerordentlichen instrumentalen Reiz besitzen. Aber das Instrumentale ist nicht in den Vordergrund gerückt, es bildet stets nur das treffende Mittel. Bleyles Kunst arbeitet mit neuesten Mitteln. Und doch hat der Eindruck aller seiner Werke etwas

Archaisches. Etwas von der Pracht, dem Pomp des Mittelalters, aber auch etwas von seiner Askese ist in dieser Musik. Jedenfalls war es an der Zeit Bleyle einem größern Publikum vorzuführen.

Großmann Die Lieder des jungen Boris Großmann /Berlin, Albert Stahl/ erweisen ein reines, unverbildetes Gefühl. Es ist eine gütige Menschlichkeit, ein tiefes Mitleid in diesen einfachen Gesängen, die, ganz ohne besondere Kunstfertigkeit entstanden, nur zum Herzen sprechen wollen. Es fehlt ihnen völlig die Geschliffenheit, die glatte Faktur, die so oft den Mangel an inneren Qualitäten verdeckt, und die so manchem neuern Werk dank blendenden technischen Eigenschaften zu äußerem Erfolg verholfen hat. Nur ein treues Herz spricht hier, nichts anderes. Jede Freude am Artistischen ist zurückgestellt. Dehnt sich dieser Verzicht auch auf das Kombinatorische aus, das doch auch ein Lebensnerv in jeder Musik ist, dann droht sich Monotonie einzustellen. Das Formgefühl, dem sich verbreiterten lyrischen Empfinden notwendig heilsame Fessel, ist bei Großmann noch wenig ausgeprägt. Er vertont Gedichte russischjüdischer Dichter, und durch die völlige Hingegebenheit an die Heimat und an sein Volk waltet in seiner Musik eine düstere Mollstimmung vor. Man könnte sagen, daß die Musik Großmanns zu sehr national ist, während es doch die Aufgabe wäre das Menschliche in einer allgemeingültigen Form auszudrücken. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich hier nicht um irgendwelche nationalen *Eigentümlichkeiten*, nicht um ein äußerliches Kolorit handelt sondern um das Schicksal, das ein Volk in seiner Seele empfindet. In dem Besondern liegt also hier keine Verengung sondern ein starkes Fühlen des Menschen. Diese Musik ist weitab von einer gleichmäßig zivilisierten Glätte und von dem weltstädtischen Kosmopolitismus etwa eines Puccini, von dem in der vorigen Rundschau (1917 I, Seite 451 f.) die Rede war. Freilich: Zucht der Form, Gepflegtheit des Klanges sind Forderungen, die einer Vertiefung und Verinnerlichung nicht im Weg stehen. Vorläufig ist Großmann noch in der Gefahr sich in endloser Düsterei des Gefühls zu verlieren. Seine weitere Entwicklung wird ihn wohl darüber hinaus führen.

Kurze Chronik Im Alter von 58 Jahren ist Richard Wallaschek in Wien gestorben. Als außerordentlicher Professor in der

Philosophischen Fakultät der Wiener Universität las er lange Jahre hindurch über Ästhetik und Psychologie der Tonkunst; auch hatte er einen besondern Lehrauftrag für Kunst des Vortrags. ◊ Das Loch in der Landstraße, eine komische Oper François Boieldieus, ist von Erich Freund neu bearbeitet worden. Das Werk wurde in Breslau und Hamburg mit Erfolg aufgeführt und ist nun auch für die nächste Frankfurter Spielzeit angenommen worden. ◊ Den auf Anregung Karl Lamprechts im Jahr 1914 begründeten Forschungsinstituten bei der Universität Leipzig ist auch ein Forschungsinstitut für Musikwissenschaft unter Leitung Hugo Riemanns angegliedert. Seine Aufgabe soll sein das Wesen des musikalischen Hörens in ähnlicher Weise nach den verschiedenen Stadien seiner Entwicklung systematisch zu begründen, wie Lamprecht dies selbst für das Sehen unternommen hatte. Daneben soll die Musik fremder Nationen, auch die der Naturvölker, Gegenstand der Forschung sein. Die erste Publikation dieses Instituts, die bei Breitkopf & Härtel in Leipzig herauskam, brachte Riemanns Folkloristische Tonalitätsstudien I: Pentatonik und tetrachordale Melodik im schottischen, irischen, walisischen, skandinavischen und spanischen Volksliede und im Gregorianischen Gesange.

Literatur Das deutsche Musikleben betitelt Paul Bekker sein neues Buch, das im Feld entstanden ist /Berlin, Schuster & Loeffler/. Wir haben es hier mit einer äußerst gehaltreichen Arbeit zu tun, die in scharf präzisierter Sprache an den in mancher Beziehung verwahrlosten Zuständen im modernen Musikbetrieb Kritik übt. Ausgehend von der Musik als ästhetischer Erscheinungsform führt uns Bekker durch die Zeit zumftmäßiger Musik, die in den Zustand intimer Kunst des Adels und der Vornehmen übergang. Er schildert die Befreiung aus dieser Enge durch die Romantik, beleuchtet das üble Wesen einer Fachsimpelei, die in theoretischen Streitigkeiten steckenblieb, und deckt mit überlegener Sicherheit die Auswüchse des modernen Musikbetriebs auf, als da sind: bewußte und unbewußte Bestechung, das weitverzweigte und von Grund auf neuerungsbedürftige Agenturwesen, das Starsystem usw. Ein umfangreiches Kapitel ist der Kritik gewidmet. Was da über das Wesen schöpferischer Kritik gesagt wird, wie da der von so vielen als *überflüssig* beiseite geschobe-

nen Urteilskorrektur der Weg zu fruchtbarer, mitschaffender Arbeit gewiesen wird, das gehört zu dem Besten, was über dieses Thema überhaupt geschrieben worden ist. Jeder, der an der Gesundung des deutschen Musiklebens innerlich beteiligt ist, dem eine kraftvolle Entwicklung unserer Musik am Herzen liegt, wird Bekkers Buch mit großem Gewinn lesen.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

von Ihue †

Ernst von Ihne ist am 23. April plötzlich an einem Herzschlag gestorben. Er

war Vertreter eines architektonischen Klassenstandpunkts. Man kann sagen: Seine Baukunst war gegen das Volk gerichtet. Sie war nicht nur höfisch sondern war ein geflissentliches Gegenstemmen gegen alles das, was architektonisches Volks- und Zeitempfinden zu nennen ist. Ihne suchte nicht eine Lösung der Aufgabe, die ja diese Gegenwart mit ihren Raumbedürfnissen ihm stellte; sein Streben ging darauf hinaus durch äußere Formen einer feudalen Vergangenheit dem Bau eine feudale Note zu geben. Also nicht ein Gestalten aus gegebenen Verhältnissen und natürlichen Bedingnissen heraus sondern ein Aufzwängen von fertiger Form auf ganz andersartige Notwendigkeiten. So baute er den Weißen Saal im Schloß, den Marstall, das Kaiser Friedrich Museum, die Königliche Bibliothek in Berlin, die Villa Falconieri in Rom. Am handgreiflichsten wird das Problem beim Kaiser Friedrich Museum oder der Bibliothek, zwei monumentalen Nutzbauten, die nach der Ihneschen Methode weder monumental noch nützlich werden konnten. Das Kaiser Friedrich Museum, bei dem sich im Lauf der Jahre immer mehr die Mängel herausgestellt haben, ist das genaue Gegenteil eines brauchbaren Museumsbaues. Nicht etwa, weil im Lauf dieser Benutzungsjahre die Ansprüche erheblich gesteigert worden wären, sondern weil der Ausgangspunkt nicht der Besucher und das aufgesuchte Bildwerk, sondern der Kuppelvorbau, die barockisierende Fassade und dergleichen Dinge waren. Diese Unzulänglichkeit erklärt sich nicht aus einem Verlangen nach repräsentativer Wirkung; auch die wäre bei einer natürlichen Lösung der Bauaufgabe denkbar gewesen. Die Zwiespältigkeit kam in das Bauwerk, weil Ihne dem Verlangen nachgab ein Haus zu errichten, das als

aus einer vergangenen Zeit, von einem ehemaligen Regime herstammend, erscheinen könnte. Das Vortäuschen einer Situation, die im 17. Jahrhundert bestand, aber am Ende des 19. nicht mehr war, gibt diesen Bauten die Theatralik, um nicht zu sagen: die Unwahrscheinlichkeit. Es ist müßig danach zu fragen, ob Ihne diesen Zwiespalt gespürt hat, oder ob er nur gestellten Anforderungen nachgab. Er hat jedenfalls nie den Versuch gemacht gegen derlei Anforderungen aufzubegehren, und es ist anzunehmen, daß dieses Formen aus vorgefaßtem Motiv heraus seinem Wesen entsprach. Die Situation in Deutschland hat es mit sich gebracht, daß Ihne eine große Anzahl wichtigster Großbauten auszuführen bekam, daß besonders das Stadtbild des neuen Berlins von ihm mitbestimmt werden konnte. Bei seinen Lebzeiten ist zur Genüge gesagt worden, daß das für die Stadt kein Glück gewesen ist. Ihne starb in einem Augenblick, da auch für diese Dinge eine Neuorientierung zu erwarten ist. Ihne war wie Anton von Werner Repräsentant einer Zeit, die als Stück abgeschlossener Historie nun wohl hinter uns liegen dürfte.

Buchkunst Buchhandlungen in München und Berlin verwiesen wieder einmal auf die Buchkunst F. H. Ehmckes. Das *gut aufgemachte* Buch ist keine sensationelle Erscheinung mehr. Es ist bereits ein ansehnliches Gesamtniveau erreicht, das der wirtschaftliche Egoismus der Verleger fortgesetzt zu steigern bemüht scheint. Immerhin, Ehmcke ist einer der ganz wenigen, deren Buchkunst kraft einer eigenen, wahrhaft künstlerischen Physiognomie sich aus diesem Gesamtniveau heraushebt. Ehmcke ist vor allem als Kalligraph zu schätzen. Seine Kalligraphie ist höchst gestreich, und er ist vielleicht der einzige in Deutschland, der mit der Feder in der Hand zu einem künstlerischen Erlebnis gelangt. Schriftschreiber, sogar sehr gute Schriftschreiber, die ihr Handwerk mit ebensoviel Geschmack wie Geschick betreiben, haben wir jetzt in Masse; aber das alles bleibt doch dieser Ehmckeschen Kalligraphie gegenüber im Handwerklichen stecken. Voll der überraschendsten Feinheiten sind seine bei Flinsch geschnittenen Drucktypen. Besonders die Ehmckekursiv ist eine einzigartige Leistung. Sie ist nicht mit gleichartiger Federhaltung hingeschrieben; die Haltung wechselt innerhalb des Buchstabens, wechselt nach einem sehr

überlegten System 3mal. Daher diese Eigenart, die den Kenner jedesmal wieder fesselt. Die von der Firma Jos. Feinhals herausgegebenen originellen Tabakbücher (namentlich das erste: Der Tabak in Kunst und Kultur, aber auch das andere: Tabakanekdoten, ein historisches Braunschweig, aus den verschiedensten Quellen im Laufe der Jahre zusammengetragen und nach den Persönlichkeiten alphabetisch geordnet von Dr. Eduard Maria Schranka, geschmückt mit 175 Abbildungen aus der Sammlung des Herausgebers), beide in dieser Type abgesetzt, sind durch diese Qualität wertvoller als so manche kostbare bibliophile Erscheinung. Ehmcke ist in seinen Äußerungen am glücklichsten, wenn er sich auf solche kalligraphische Qualität zu stützen vermag. Es sei nur an den Titel zu dem Inselalmanach von 1909 erinnert, auf dem mit den paar Ziffern des Jahrgangs eine außerordentliche Wirkung erzielt ist. Ornamental hat Ehmcke nicht weniger experimentiert. Nicht immer mit dem gleichen Glück. Manchmal blieb seine Zeichnung zu hart, zu derb; aber es sind Ausnahmefälle, in denen er nicht überzeugend wirkt. Das Sympathische an Ehmckes Buchkunst, ob es sich um eine monumentale Leistung wie Dürers Zeichnungen oder um eine Kleinigkeit wie den Umschlag zu Bahrs Expressionismus handelt, ist, daß nie der Versuch gemacht worden ist zu künsteln, daß wirklich das Buch als Organismus aufgefaßt ist, der als Druckerleistung seine Schönheit durch den Einklang von Type, Papier, Rand usw. zu empfangen hat.

Kurze Chrouik Franz Franke, Lehrer an den Technischen Lehranstalten in Offenbach und Leiter einer Fachklasse für Flächenschmuck, ist auf dem Schlachtfeld im Westen gefallen. Franke war ein begabter Schüler der Magdeburger Kunstgewerbeschule. Er hatte sich einen eigenen, strengen Flächenstil entwickelt. Erfolgreich war er besonders auf dem Gebiet der angewandten Graphik. ◊ Der Mitinhaber der Berliner Baufirma Kayser & Großheim Heinrich Kayser ist gestorben. Durch die Gründerarchitektur der achtziger und neunziger Jahre hat das Unternehmen es zu erstaunlichem Erfolg und gewaltigem Ruhm gebracht. In allen deutschen Großstädten, die den Aufschwung mitmachten, gab es Privat- und besonders

Geschäftshäuser von Kayser & Großheim. ◊ Das Kriegsministerium hat (durchaus im Sinn der in dieser Rundschau wiederholt erhobenen Forderungen) einen Erlaß an die Verwaltungsbehörden gerichtet, den unzeitigen Denkmalsprojekten entgegenzuwirken. Inzwischen hat wieder eine Reihe Stadtverwaltungen, wie Tannroda, Rastenburg, Bayreuth, Warnsdorf und andere, für derartige Zwecke öffentliche Gelder bewilligt. Auch die Stadt Berlin hat für einen Heldenhain in der Wuhlheide ein splendid ausgestattetes Preisausschreiben durchgeführt. ◊ Nach dem Beispiel des Deutschen Buchgewerbemuseums in Leipzig ist unter Leitung von Hugo Eberhardts in Offenbach als der Zentralstelle der deutschen Lederverarbeitung ein Ledermuseum begründet worden. Erstrebt wird eine planmäßige Übersicht über das gesamte Gebiet nach technologischen, kulturhistorischen und künstlerischen Gesichtspunkten.

Literatur

Der Hamburger Stadtbaurat Fritz Schumacher, der in den Anfängen der neuen Architekturbewegung durch einige kluge Publikationen auch als Schriftsteller Beachtung gefunden hat, hat eine kleine Schrift Ausblicke für die kunsttechnische Zukunft unseres Volkes erscheinen lassen /Weimar, Kiepenheuer/. Auch Schumacher ist der Meinung, daß die Beschränkungen, die dem gesamten Bauschaffen durch die Verarmung des Landes nach dem Krieg auferlegt sein werden, zu einer Sozialisierung des architektonischen Gestaltens drängen wird. Der Raubbau an Kräften und Mitteln, der durch eine falsche Individualisierung getrieben worden war, wird verschwinden müssen. Daraus ergeben sich Hoffnungen für eine künstlerische Weiterentwicklung, die bekanntlich in der letzten Zeit vor dem Krieg bedenklich bedroht gewesen ist. ◊ Eine populäre Erklärung von Kunstschöpfungen, die den alten deutschen Städten das ihnen eigentümliche Gepräge geben, etwa das Sebaldusgrab in Nürnberg, die Ratslaube im Lüneburger Rathaus gibt H. Brockhaus in einem Bändchen Deutsche städtische Kunst und ihr Sinn /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Die Dinge werden historisch betrachtet und dem Leser anschaulich von ihrem Ursprung her erklärt. Auch der Sinn einzelner Stadtwappen wird so faßlich gemacht.